

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnements-Preis pränumerando:  
 Vierteljährlich 3.30 Mk., monatlich 1.10 Mk.,  
 wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-  
 Nummer mit Illustration Sonntag-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Vof-  
 Abonnement: 3.30 Mark pro Quartal.  
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-  
 Preisliste für 1899 unter Nr. 7820.  
 Unter Kreuzband für Deutschland und  
 Oesterreich-Ungarn 3 Mark, für das  
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.  
 Geschäfts-Nachricht außer Montage.

**Die Insertions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonne  
 je und deren Raum 40 Pf., für  
 politische und gewerkschaftliche Vereins-  
 und Versammlungs-Anzeigen, sowie  
 Arbeitsmarkt 20 Pf. Inserate für die  
 nächste Nummer müssen bis 4 Uhr  
 nachmittags in der Expedition abgegeben  
 werden. Die Expedition ist an Wochen-  
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und  
 Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.  
 Verkaufspreis: Ruf 1, Nr. 1508.  
 Telegramm-Adresse:  
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Freitag, den 10. Februar 1899.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

### Ländliche Arbeiternoth.

Die Arbeiternoth auf dem Lande, namentlich in Ost-  
 elbien, bereitet schon seit Jahren den agrarischen Kreisen  
 große Sorgen. Thatsächlich läßt es sich ja auch nicht be-  
 streiten, daß das platte Land unter dieser Kalamität zu leiden  
 hat. Wenn man aber der Noth steuern und Abhilfe schaffen  
 will, dann ist es in erster Linie erforderlich, die Ursachen zu unter-  
 suchen, die die jungen Leute veranlassen, vom Lande in die Städte  
 zu ziehen. Wer da weiß, in welcher Sklaverei die ländlichen  
 Arbeiter und das ländliche Gesinde leben, für die es kein  
 Koalitionsrecht giebt und der Kontraktbruch  
 strafrechtlich verfolgt werden kann, wer da weiß,  
 wie schwer diese Leute unter der entwürdigenden  
 Gesinde-Ordnung leiden, der wird sich nicht wundern,  
 wenn auch diese Arbeiter danach trachten, das Joch der  
 Sklaverei abzuschütteln und die seligen Gesinde-Osteliens zu  
 vertauschen mit solchen Stätten, wo sie wenigstens einiger-  
 mahen als Menschen behandelt werden.

Mehr als einmal sind die Verhältnisse des ostelbischen  
 Landproletariats von einmüthigen Zeugen als völlig un-  
 haltbar geschildert worden. Man erinnere sich nur des Berichtes  
 der Medizinal-Abtheilung im preussischen Kultusministerium, in  
 welchem drastisch geschildert wird, wie die Arbeiterinnen das  
 Kind an der Brust mit Alkohol vergiften, nur um bei der Arbeit für den gnädigen Herrn nicht durch ihre  
 Mütterpflichten gestört zu werden; man erinnere sich der  
 jämmerlichen Wohnungsverhältnisse, wie sie  
 kürzlich in dem Beleidigungsprozeß gegen den Oberpräsidenten  
 von Wilamowitz zeugeneidlich geschildert wurden, man erinnere  
 sich an die Behandlung, die den Arbeitern seitens des  
 gnädigen Herrn oder seines Stellvertreters zu theil wird,  
 denen bekanntlich eine Züchtigung des Gesindes  
 erlaubt ist! Kann man sich dann noch wundern, daß die  
 Arbeiter in glücklichere Gegenden ziehen? Ja, muß man den  
 Beggus aus dem Osten nicht geradezu als eine Kultur-  
 that preisen?

Unser ostelbisches Junkerthum freilich, das von jeher das  
 Kulturfeindliche Element des Staates gewesen ist, denkt  
 anders. Mit Gewalt wollen die Junker die Arbeiter an die  
 Scholle fesseln, wieder herbeiführen wollen sie die Zu-  
 stände mittelalterlicher Hörigkeit, und sie scheuen  
 zur Erreichung dieses Zieles vor keinem Mittel zurück.  
 Als Feinde der heutigen Staatsordnung verlangen sie die  
 Aufhebung aller den Arbeitern zu Gute kommenden Gesetze,  
 vor allem die Aufhebung der Freizügigkeit, und sie  
 scheuen sich nicht, Regierung und Volksvertretung zur  
 Förderung ihrer einseitigen Interessen zu Hilfe zu rufen und  
 sie zu Mitschuldigen zu machen an ihren umstürzlerischen Ver-  
 strebungen.

Bereits in der vorigen Session des preussischen  
 Landtags richteten die Junker unter Führung des  
 Zentrumsdarwiniers Szmla eine Interpellation  
 über die Leutenoth an die Regierung, die  
 sie am Donnerstag, da die Regierung ihnen nicht  
 schnell genug zu Willen war, wiederholt haben. Wenn  
 die Agrarier absichtlich darauf ausgingen, ihrer Sache  
 zu schaden, so hätten sie nicht ungeeigneter und  
 tölpelhafter verfahren können, als es die Redner gethan  
 haben, die sie vorsichteten. Vor allem der Oberagrarier  
 v. Mendel-Steinfels, ein Junker von echtem Schrot und  
 Korn, bedachte gar offen die agrarischen Karten auf. Nach seiner  
 Meinung leben die Arbeiter auf dem Lande in wahrhaft  
 paradiesischen Zuständen. Sie erhalten hohe Löhne, wohnen  
 gut, ihre Beschäftigung ist eine leichte und gesunde, und nur die  
 Sucht nach Genuß und Vergnügen ist es, die sie in die großen  
 Städte zieht. Dem muß abgeholfen werden, und um sich  
 nicht erst mit kleinen Mitteln aufzuhalten, empfiehlt der  
 konservative Redner sofort ein Radikalmittel, die **Weseitigung  
 der Freizügigkeit** und in Verbindung damit recht hohe  
**Eisenbahntarife**. Denn die Eisenbahn — auch so eine Er-  
 findung der Neuzeit, die garricht in den Junkerstaat paßt —  
 sie ist die Ursache der Entvölkerung der Dörfer und der völligen  
 Verschlebung des Arbeitsmarktes. Daneben verlangte  
 Abg. v. Mendel unter dem Jubelgeschrei seiner Freunde **strengere  
 Bestrafung des Kontraktbruches**, sowohl der Arbeiter als  
 auch der sie dazu verleitenden Arbeitgeber, **Vorenthaltung  
 des Koalitionsrechtes**, das nur dazu diene, die Arbeiter der  
 Sozialdemokratie zuzuführen. Natürlich erklärte sich Herr  
 v. Mendel auch gegen **neue Kanalprojekte**, die ebenfalls  
 viele Arbeiter der Landwirtschaft entziehen würden, sowie für  
**Zulassung polnischer und galizischer Arbeiter**. Dieselben  
 Leute, die Herrn v. Köller wegen seiner Ausweisungspolitik  
 gegen bänische Arbeiter förmlich anbeten, verlangen die Ein-  
 wanderung polnischer und galizischer Arbeiter, selbstredend  
 nur, um sie nach gehöriger Ausbeutung wieder über die  
 Grenze jagen zu können. Das ist nationale Politik im Sinne  
 der Junker.

Einer größeren Zurückhaltung, als man es sonst an ihm  
 gewohnt ist, beilegte sich der freikonservative Dauerredner  
 Gamp, der sich offenbar von seiner vorgestern im Reichstage  
 erlittenen Blamage noch nicht wieder erholt hat. Des Langen  
 und Weiten redete er über die **Berzehrung der Jugend**,  
 der man durch Einschränkung der Freizügigkeit steuern  
 müsse, und forderte weiter eine größere Rücksichtnahme der  
 Schulverwaltung auf die ländliche Arbeit, mit anderen  
 Worten: den Agrariern zu Liebe soll die **Schulpflicht verkürzt**

werden, damit die Kinder noch mehr ausgebeutet werden  
 können, als es jetzt der Fall ist. Wir geben Herrn Gamp  
 den wohlgemeinten Rath, einmal die Verhandlungen der Lehrer-  
 vereine über die Nebenbeschäftigung von Schültern und  
 ihre verderblichen Folgen zu lesen.

Der Versuch, die konservativen und freikonservativen  
 Redner zu übertrumpfen, machte ein junges Häfflein, der  
 Zentrumsabgeordnete Langer, der auch Mitglied des  
 Reichstages ist und in dieser Eigenschaft gegen jede Militär-  
 forderung zu stimmen drohte, falls die ländliche Arbeiter-  
 noth nicht beseitigt würde. Schredliche Drohung! Herr  
 Langer wird große Mühe haben, diesen widerspänstigen  
 Fraktionskollegen zu der Ansicht zu bekehren, daß ein  
 Unfall in militärischen Fragen die erste Pflicht eines  
 echten und rechten Zentrumsmannes ist. Viel Heiter-  
 keit erregte Herr Langer selbst auf der Rechten durch die  
 Mittheilung, daß in Schlesien die Landarbeiter sechsmal  
 wöchentlich Fleisch zu Mittag bekommen, dreimal sogar Braten  
 mit Kompott! Ein undankbares Volk, dem selbst diese  
 Nahrung nicht genügt.

Die Regierung wird erst morgen zu der Frage Stellung  
 nehmen, denn das, was der Landwirtschaftsminister Freiherr  
 v. Hammerstein heute sagte, waren nur einige Ver-  
 legenheitsphrasen. Für morgen wird eine große Rede Riquel's  
 erwartet.

### Zum Dresdener Zuchthauskurs.

Die **neuen Dresdener Verurtheilten** haben, wie uns aus  
 Dresden gemeldet wird, nunmehr sämtlich in der Gerichtsschreiberei  
 die Entlassungen abgegeben, daß sie sich dem **Urtheil unterwerfen**  
 wollen.

Das Zuchthaus öffnet seine Pforten!  
 Schwurgerichtsverhandlungen haben bekanntlich fast gar keine  
 Aussicht, in der Revisionsinstanz Erfolg zu haben, weil der Spruch  
 der Geschworenen ohne Begründung erfolgt, also die Feststellung  
 der Schuldfrage auch keinen Anhalt zur formalen Verurteilung  
 geben kann. Wozu also die Qual der Haft um die Zeit bis zur  
 Entscheidung des Reichsgerichts verlängern!

Wenn das Dresdener Gericht nun — wie angeklagt wird —  
 die Urtheilsbegründung veröffentlicht will, die sich nicht  
 auf die Feststellung des Thatbestandes, sondern nur  
 auf die Motivierung des Strafmaßes beschränken kann, so zweifelt  
 niemand, daß diese Begründung so gehalten sein wird, daß das  
 furchtbare Urtheil gerechtfertigt erscheint. Diese Veröffentlichung,  
 die übrigens eine bisher nie gekannte Prozedur darstellt, erweist  
 also keineswegs den Ausschluß der Oeffentlichkeit. Was gefordert  
 werden muß, damit die Oeffentlichkeit klar sehe, ist die  
**Veröffentlichung der gesammten Verhandlungen**. Als  
 Grund für die Unöfentlichkeit des Verfahrens wird weiter  
 angegeben, daß sie beschlossen worden sei, weil die Gerichtsbehörde  
 Beeinflussung der Zeugen durch Einschüchterung befürchtete.

Das kann unmöglich den Thatfachen entsprechen. Die Mög-  
 lichkeit von Beeinflussung der Zeugen bildet keinen gesetzlichen Grund  
 zum Ausschluß der Oeffentlichkeit; diese Möglichkeit besteht  
 ja fast in jedem Prozeß, und es hieße die Oeffentlichkeit des Ver-  
 fahrens allgemein aufheben, wenn man solche Befürchtung unter  
 dem Begriff der „Ordnung“ bringen würde, zu deren Aufrechterhaltung  
 der Ausschluß erfolgen kann.

Die Presse beschäftigt sich auch weiterhin mit dem Urtheil. Die  
 ultramontane „**Köln. Volksztg.**“ schreibt:

„Das Dresdener Urtheil wird uns so erbitternder wirken,  
 als in andern dazwischen gestellten Fällen, wo es um Angeklagte aus  
 anderen Gesellschaftskreisen sich handelte, überraschend milde Urtheile  
 gefällt wurden. Ein Gutbesitzer, der einen seinen Lohn fordernden  
 Arbeiter mit der Prügel bestrafen wollte, kam unter Jubilation  
 mildernden Umstände mit nur wenig Gefängnißstrafe davon. Der  
 Oberleutnant Pfeiffer, der im Zweikampfe den Major a. D. Seitz  
 erschoss, wurde gar vollständig freigesprochen. Welche Wirkung so  
 verschiedenartige Urtheile auf die Gemüther von Arbeitern aus-  
 üben müssen, läßt sich an den fünf Fingern abzählen. Es ist  
 aber, als ob unsere Umsturzbelämpfer mit völliger Blindheit  
 geschlagen wären!“

Wie diese Blindheit wirkt, zeigen die Berliner „**Neuesten  
 Nachrichten**“ in ihren Bemerkungen zu unserer Veröffentlichung der  
 Geschworenen:

„Nach seiner (des „Vorwärts“) Absicht also eine **Proskriptions-  
 liste**; in den Augen aller Decker, die eine Gesundung unserer  
 inneren sozialen Verhältnisse nur in der rückwärtslosesten Unter-  
 brückung der berufsmäßigen Verheerung immer weiterer Volks-  
 kreise sehen, eine **Chreniasel** für die Geschworenen, die  
 sich bemüht haben, das Recht unparteiisch zu finden, ohne  
 sich durch **KonzeSSIONen an die heute so beliebte  
 angeblich volkreundliche Richtung etwas zu vergeben**.  
 Angesichts solcher Vorgänge darf man sich wirklich fragen, ob wir  
 noch in einem Ordnungstaate leben. Zur Zeit der ersten franzö-  
 sischen Revolution, in den Tagen der Herrschaft der Kommune  
 über Paris, die ja nach sozialdemokratischer Auffassung die  
 ebelste Blüthezeit politischer Zustände darstellen, haben solche  
 Listen eine große Rolle gespielt; aber daß im Deutschen Reich  
 eine **Partei den Versuch macht**, Männer, die nur nach Ehre  
 und Gewissen die ihnen vom Gesetz und Recht auferlegten Pflichten  
 erfüllt haben, öffentlich bei den sozialdemokratischen Lesern zu  
 denunzieren, ist ein schlagender Beweis dafür, wie weit die  
 Politik des laiszer faire gegenüber diesen unseren schlimmsten  
 Feind und gebracht hat. Was bezweckt denn diese Namensnennung  
 unter der Ueberschrift: „Die Geschworenen des Zuchthauskurses“  
 anderes, als die **Benennung zum Ziele der Schandungen und  
 womöglich thätlicher Angriffe seitens gesammtdresdener  
 „Genossen“ zu machen!** Unserer Ansicht nach würde schon die  
 heutige Gesetzgebung genügen, um diese schlimmsten Auswüchse zu  
 verhindern. Das ganze zügellose, sich über alles bestehende Recht  
 hinwegsetzende Gebahren der sozialdemokratischen Parteiführer, die  
 von ihnen fortgesetzte Erregung der schlimmsten Instinkte und

Leidenschaften der Massen beweist aber, daß die für Ordnung-  
 parteien geschaffenen Gesetze auf sie nicht mehr passen.“

Warum es notwendig ist, die Namen der Geschworenen zu  
 veröffentlichen, bedarf keiner Aufklärung, und die „Neuesten Nach-  
 richten“ machen sich nicht verdient um ihre Klassengenossen, daß sie  
 die Herren Geschworenen in Angst setzen. Wir überlassen die  
 Herren ihrem Gewissen. Wenn das Prohokblatt der Großindustriellen  
 aber durchaus nicht den wirklichen Zweck unserer Veröffentlichung zu  
 errathen vermag, so kann es sich bei der „**Volks-Zeitung**“ unter-  
 richten, die u. A. ausführt:

Die oft beklagte völlige Entfremdung der Anschauungen der  
 besitzenden Klassen von der Denk- und Gefühlswelt der Arbeiter,  
 von ihren Bedürfnissen, ihren Bestrebungen etc., die tiefe Kluft,  
 die sich unter der Mitwirkung der Scharfmacherpresse zwischen  
 den beiden Welten der Besitzenden und der Besitzlosen mehr  
 und mehr aufgethan hat, sie wird auch durch die Haltung des  
 Dresdener Geschworenengerichts mit unheimlicher Schärfe be-  
 leuchtet. Hätte in diesem Geschworenengericht, das aus einem  
 Rittergutsbesitzer, drei Rentiers, drei Apo-  
 thekern, zwei Oberförstern, zwei Kapleuten  
 und einem Regierungsrath a. D. bestand, nur ein  
 einziger Arbeiter gesessen, so wäre es ihm vielleicht ge-  
 lungen, aus der Seele der Beschuldigten heraus einer milderen  
 Beurtheilung ihrer Vergehungen mit Erfolg das Wort zu reden.“

Die Urtheile über den Schuldig-Spruch des Dresdener  
 Gerichts bilden einen wichtigen Beitrag zur heutigen Sitten-  
 geschichte. Ein Klassenhaß, der toblichst geworden ist, tritt  
 z. B. in den „**Hamburger Nachrichten**“ zu Tage. Da dieses  
 Blatt sich aus dem Grabe Bismarck's inspicieren läßt, begreift man,  
 daß das Parfum seiner Auslassungen — atemberkennend  
 sein muß:

Die Sozialdemokratie hat sich an Verhöhnung der Gesetze wie  
 des gesammten Staatsorganismus bisher schon Manches geleistet.  
 Die Frechheit, mit welcher die sozialdemokratische  
 Reichstagsfraktion aber in der heutigen Nummer des  
 „Vorwärts“ die Errichtung des sozialdemokratischen  
 Staates proklamirt, übersteigt alle bisherigen Leistungen dieser  
 Art. Wäre das Deutsche Reich nicht so fest gesägt, man müßte nach solchen  
 Auslassungen einer politischen Partei, deren Leiter man doch unmdg-  
 lich als Herren betrachten kann, annehmen, man stände am  
 Vorabend der Revolution, an welchem die Revolutions-  
 partei im Vollgefühl ihrer Kraft dem bestehenden Staate den  
 Heldenhandschuh vor die Füße wirft. Daran ist ja nun glücklicher-  
 weise dank unserem Heere nicht zu denken. Auch die  
 heutige Verhöhnung der bestehenden Gesetze ist nur unter propa-  
 gandistischem Gesichtswinkel zu betrachten. Die Sozialdemokratie  
 zeigt ihren Anhängern, was sie alles unter den bestehenden Gesetzen  
 wagen kann und was sie zu wagen den Muth hat. Aber die That-  
 sache, daß dies möglich ist, giebt denn doch sehr zu denken. An-  
 läßlich der Verurtheilung der Lößbauer Bauarbeiter, die sich be-  
 kanntlich des Landfriedensbruchs und des **mehrfachen Tods-  
 schlages** schuldig gemacht haben, verkündigt heute die sozial-  
 demokratische Reichstagsfraktion, natürlich unter der humanitären  
 Verbrämung, eine Sammlung für die Angehörigen der Ver-  
 urtheilten, die **Lehre, daß die verurtheilten Bauarbeiter  
 berechtigt gewesen wären**, gegen die Arbeiter auf  
 dem Kopfbarban die Schritte zu unternehmen, aus denen  
 sich die gesammten Verurtheilten entwickelten, weil — und diese Ver-  
 gründung enthält den grausamsten Hohn auf die Autorität des  
 Staates — die sozialdemokratischen Arbeiter die zehnstündige  
 Arbeitszeit beschlossen und diesem Beschluß sich alle übrigen Ar-  
 beiter zu fügen gehabt hätten. Die Reichsgesetzgebung kann den  
 zehnstündigen Maximal- Arbeitstag für erwachsene männliche  
 Arbeiter nicht, aber die Sozialdemokratie hat ihn beschlossen, und  
 wer sich diesem Beschluß widersetzt, wird  
 einfach mit Gewalt von der Arbeitsstätte  
 entfernt. Daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion  
 sich in Wirklichkeit auf diesen Standpunkt stellte, war  
 Niemandem unbekannt, der die Entwicklung der Umsturz-  
 partei verfolgt; daß sie ihn aber laut zu pro-  
 klamiren wagt, übersteigt, wie gesagt, alle bisherigen  
 Leistungen dieser Demagogen. Schon im Interesse der Arbeiter  
 muß der Staat dagegen einschreiten. Der gewöhnliche Mann muß  
 wenig er sieht, daß solche Auslassungen ungestrast bleiben, an-  
 nehmen, die sozialdemokratische Reichstagsfraktion habe be-  
 reitet solche Macht im Staatsorganismus erlangt, daß sie  
 neben und gegebenenfalls gegen die gesetzgebenden Fra-  
 tionen des Reichs Gesetze erlassen kann. Der gewöhn-  
 liche Mann wird dadurch geradezu zu Vergehen und Ver-  
 brechen gedrängt. Gewiß, er wird dafür bestraft, die eigentlichen  
 Anstifter der Verbrechen aber gehen leer aus. Sie hülfen sich noch,  
 wie in dem Lößbauer Falle, in den Mantel der Jugend und suchen,  
 obgleich sie die eigentliche Ursache des Unglücks der Arbeiterfamilien  
 sind, sich durch Sammlungen in ein schönes Licht zu setzen. Diesem  
 schelmischen, die Grundfesten des Staates zu erschüttern geeigneten  
 Treiben muß ein Ende gemacht werden. Das wird aber nur ge-  
 schehen, wenn die sozialdemokratischen Agitatoren, ob sie nun Reichs-  
 tagsabgeordnete sind oder nicht, genügend fest angefaßt werden, und  
 das wiederum ist nur auf dem Wege der Ausnahme-  
 gesetzgebung möglich.“

Die Eberhahn und Henry können noch manches von diesem  
 Blatte des todtten Bismarck lernen. Das versteht das Fällcher-  
 handwerk. Mehrfacher Todsschlag, Willigung der Exzesse durch die  
 sozialdemokratische Fraktion und die sonstigen Lügen — nicht er-  
 funden, um einen Menschen, sondern um zwei Millionen zu  
 verderben. Da lohnt sich das Fällchen. Das ist Grobverbrechen. Soll  
 man als milderbenden Umstand annehmen, daß die Leute toll sind?  
 Schwere! Sie sind ganz vernünftig und verkommen mit sorg-  
 samer Ueberlegung, weil sie die Verstandesgesundheit anderer für  
 so geschwächt halten, daß es vielleicht gelingen möchte, diese toll zu  
 machen —

Für heute sei endlich noch eine Probe reaktionärer Aufhebung  
 mitgetheilt: In der „**Deutschen Volkswacht**“ schreibt der anti-  
 semitische Abgeordnete Köhler: In Frankreich scheint das Trauer-  
 spiel (Dreyfus-Affäre) seinem Ende zuzugehen. Entweder das  
 französische Volk ermannet sich und **verzichtet seine Laternenfabrik  
 mit den Dreyfuslern** und ihren Genossen — oder es geht unter  
 in Schlamme und Jählich jüdischer Herrschaft — der Würder  
 triumphirt!“



Eger verblieb. Der Reichstag erkennt die Größe Bismarck's als Staatsmann an, erklärt aber die Errichtung eines solchen Denkmals vom Standpunkte des österreichischen Patriotismus aus für unzulässig. — Aus Washington läuft in Oesterreich die Mitteilung ein, daß das Staatsdepartement der Vereinigten Staaten die Forderung Oesterreich-Ungarns ablehnt, noch der die Vereinigten Staaten wegen der Tödtung ausländischer ungarischer Grubenarbeiter in Hayleton (Pennsylvanien) durch Verantw. des Schiffs am 10. September 1897 Entschädigung leisten sollen.

### Italien.

**Für die Amnestie!** Von dem italienischen Blatt „For Amnistia“, dessen Erscheinen wir ankündigten, liegen die ersten gegen die Amnestie vor. Sie enthalten zahlreiche Zuschriften und sonstige Kundgebungen angesehenen Personen und Körperschaften zu Gunsten einer vollständigen, bedingungslosen Amnestie, die für Italien allerdings eine Notwendigkeit ist.

### Türkei.

**Konstantinopel, 9. Februar.** Aus Yemen wird berichtet, daß in den Distrikten Bilad-el-Gharaf und Beni-Kelab 10 Ortschaften und ein besetzter Ort, welche sich in den Händen der Russländer befanden, von den türkischen Truppen genommen und besetzt worden sind.

### Asien.

**Ueber die Schlacht bei Manila** giebt der frühere spanische General-Gouverneur General Polabiaja, nach einem der „Internationalen Korrespondenz“ aus Madrid zugehenden Bericht, folgenden interessante Urtheil ab:

Der Sieg der Nordamerikaner ist offenbar kein unbedeutender gewesen, und es ist sicher, daß ein zweiter Angriff der Tagalen gegen die Hauptstadt nicht wieder erfolgen wird. Aber andererseits ist zu bedenken, daß die Eingeborenen weder während des vorangegangenen Aufstandes, noch während des spanisch-nordamerikanischen Krieges auch nur den geringsten Versuch gemacht haben, die viel schwächere und schlechter bewaffnete spanische Besatzung anzugreifen. Dies beweist, daß sich die Tagalen augenblicklich weit stärker fühlen, und daß Aguinaldo jedenfalls durch einen möglichst kräftigen Vorstoß sich vor den Augen der Großmächte als eine thatsächlich kriegsfähige Macht zu legitimieren wünscht. Einen Sieg hat er daher wohl kaum erhofft, wohl aber rechnete er darauf, daß ein solcher Kampf die Kriegsgelüste seines Volkes zur wildesten Bluthochzeit würde. Man beurtheilt daher den Charakter der Tagalen sehr unrichtig wenn man glaubt, daß die erste verlustreiche Niederlage deren Kriegseifer sofort dämpfen werde. Wir Spanier haben wiederholt erlebt, daß die Niederlagen der Aufständlichen deren Führer in den Stand setzten, um so größere Massen der Bevölkerung in Bewegung zu bringen, je mehr die Instinkte der Wildheit und des Blutdurstes geweckt werden. Gerade um seine Stellung als Diktator zu erhalten, braucht Aguinaldo den allgemeinen Kriegszustand, und die Nordamerikaner dürfen bald erkennen, daß dieser Mann fähig ist, einige hundert Tausend bewaffnete ins Feld zu stellen. Diese in den unzugänglichen Sumpfen und Gebirgsgebirgen des Innern anzugreifen, wird jedoch mehr Mühe und Menschenopfer erfordern, als der jetzige Sieg bei Manila. Dabei werden die unterwegs befindlichen Verstärkungen im besten Falle erst mit dem Eintritt der Regenzeit marschfähig sein.

Dennoch dürfte den Amerikanern die Eroberung der Philippinen noch sehr große Schwierigkeiten bereiten und große Opfer an Menschenleben erfordern. Die Bodenbeschaffenheit des Landes setzt die Philippinen in den Stand, eine Art Freischäferkrieg zu führen, gegen den moderne Armeen ziemlich machtlos sind. Aus New-York wird von neuen Rüstungen berichtet; die Marine soll um weitere drei Schlachtschiffe vermehrt werden. General Miles ist angewiesen, Ilo Ilo zu nehmen.

### Für die Angehörigen der Verurtheilten in Dresden

gingen bei der Expedition des „Vorwärts“ folgende Beiträge ein: R. Pl. 5.—, G. u. R. 2.—, Gef. v. Notzenfänger 4.50, C. Z. C. P. 73 1.—, Den Verurtheilten zu Ruh 2.15, Kohu 2.—, Handklub „Einfaß“ 2.05, A. Kauf, Kndstr. 2.—, G. Fied, Wagnersstraße 2.—, Dr. R. J. 2.—, 5 Anti-Disziplinisten“ 6.—, S. U. 2.—, W. Hildebrandt 3.—, C. P. U. Chorleiter 2.—, Handklub „Blühau“ 3.—, Schuhfabrik v. Krause, Weinbergsweg 3 7.60, Stummelsburg, Veramml. am 7. Febr. 26.55, Gef. v. Alshat 7.77, Gesangsverein „Vaterland“, Ufedorferstr., 6.—, Vergolder v. Köfen, Schiffbauerdamm, 4.10, Statistik „Oder erblicher Seemann“, Uferstraße, 5.—, Tischlerei v. Lohs 4.10, G. Mödernerstr., 2.—, Drei rothe Handlungsgesellen 2.50, R. R. 1.—, R. D., Grundwaldstr., 3.—, Richard S., Vermittlerarbeiter, 1.—, Sch. 3.—, Enniste W., 21. 1.—, Frau W., Charlottenburg, 2.—, G. S. 2.—, Rother Architekt 3.50, Carl Schütz 2.—, Gef. durch P. S. 80.—, R. 2. 6.—, Arvan, Prengler Allee 1.50, J. B. in W. 20.—, Fr. 10.—, S. E., NO., durch Gröwe 5.—, Hotel „3 Raben“, Frankf. a. M. 3.—, A. R., Berlin SW., 3.—, Witte, Berlin, Stephanstraße, 3.—, Gustav Sador 3.—, Postmeister a. D. in G. 3.—, W. S., Berlin C., 2.—, 9 Buchhändler, Spandau, 7.50, C. L. 2. a. D. 5.—, D. G. und J. S. 8.—, A. 1 1.20, Blisse, Rixdorf, 1.—, Personal G. u. R. 13.50, Buchs 3.—, Arbeiter-Bildungsverein Schmargendorf 10.—, Summa 258.62.

Bereits quittirt 493.— M. Gesamtsumme 751.62 M.

### Die Wahl im zweiten Kreise.

Nach § 66 der Geschäftsordnung für den Reichstag macht der Präsident des Reichstages, sobald durch irgend eine Ursache die Stelle eines Reichstags-Mitgliedes erledigt wird, dem Reichstanzler davon Anzeige, damit dieser in kürzester Frist die Neuwahl veranlasse.

Das Wahlgesetz für den Reichstag bestimmt, daß es bei Neuwahlen, die innerhalb eines Jahres nach der letzten allgemeinen Wahl stattfinden, einer neuen Aufstellung und Auslegung der Wahlliste nicht bedarf.

Es ist sonach sicher anzunehmen, daß die Neuwahl sehr bald stattfinden wird.

Der zweite Berliner Wahlkreis war bis 1893 stets freisinnig vertreten. Sein erster Abgeordneter war Waldeck, ihm folgte Hoyerbed, dann Klotz, Hoffmann, endlich Virchow. Dieser wurde zuerst 1890 gewählt. 1894 wurde er erst in Stichwahl, gegen Stöder, mit sozialdemokratischer Hilfe gewählt. Ebenso 1897. 1890 kam statt des konservativen Kandidaten unser Genosse Janitzewski in die Stichwahl. Virchow erhielt im ersten Wahlgang 18 245, der konservative Kandidat 14 165, Janitzewski 20 225 Stimmen. In der Stichwahl siegte Virchow mit 24 663 gegen 23 381 sozialdemokratische Stimmen.

1893 ging das Mandat in die Hände der Sozialdemokratie über. Im ersten Wahlgang erhielt Virchow 14 544, der konservative Kandidat Prof. Adolf Wagner 18 218, ein National-liberaler 3056, ein Centrumskandidat 568, unser Parteigenosse Richard Fischer 28 667 Stimmen. In der Stichwahl siegte Fischer mit 29 759 Stimmen. Virchow erhielt 18 847 Stimmen; nur zum Theil hatten ihm Konservative und Antisemiten ihre Stimmen zugewendet.

Am 16. Juni 1898 erhielt Kreising (fr. Sp.) 16 127, Stodmann (L.) 11 859, v. Kehler (Z.) 785, Wotzchniak (Pole) 91, Fischer 26 299 Stimmen. In der Stichwahl zählte der Wahlkommissar 28 593 Stimmen für Kreising und 28 547 für Fischer. Bis auf den letzten Mann waren die Konservativen für den freisinnigen Ordnungsbücher eingetreten.

Die Entwicklung der Sozialdemokratie in diesem Kreise seit 1871 zeigt folgende Zahlenreihe, welche angebt, wieviel sozialdemokratische Stimmen bei der Hauptwahl auf je 100 gültige Stimmen entfallen sind:

1871	2.15	1884	23.87
1874	15.42	1887	28.97
1877	17.94	1890	38.01
1878	20.90	1893	45.89
1881	9.51	1898	48.91

Besonders wichtig scheint der Vergleich der beiden letzten Wahlen. 1893 siegte die Sozialdemokratie in der Stichwahl, obwohl sie eine im Verhältnis zur Gesamtzahl der gültigen Stimmen geringere Stimmenzahl als 1898 erhielt, während sie 1898 bei höherer Verhältniszahl dem freisinnig-konservativ-antisemitischen Bündnis unterlag.

Diese Thatsache lehrt uns, daß die Sozialdemokratie in keiner Weise auf die Feindseligkeiten zwischen den beiden Gegnern rechnen darf, sondern daß sie den Wahlkreis sofort im ersten Wahlgange erobern muß.

Die „Kreuz-Zeitung“ erinnert bereits die Liberalen, daß sie ohne die Konservativen einfach garnichts ausgerichten können. Wir werden also bald wieder Anzeichen des reizvollen Schauspiels sein, wie sich Konservative und Liberale brüderlich schwozen und zum gemeinsamen Feldzuge gegen die Sozialdemokratie anrücken.

Es gilt, daß unsere Genossen ungefährdet und thatsächlich den Kampf führen!

Wie ein Berichterstatter meldet, wollen die Handwerker und Gewerbetreibenden der konservativen Partei den Hofbäckermeister G. Goede, Vorsitzenden des Centralvereins der Gewerbetreibenden Berlins als Kandidaten in Vorschlag bringen. Goede's Kandidatur war bereits bei der 1898er Wahl in Aussicht genommen, doch hatte er damals abgelehnt.

### Abgeordnetenhause.

15. Sitzung vom 9. Februar, 11 Uhr.

Zunächst wird beraten der Antrag Langerhans (fr. Sp.) auf Annahme eines Gesetzentwurfs betreffend die Verpflichtung der bürgerlichen Gemeinden bezüglich der Bauten und Reparaturen von Kirchen, Pfarr- und Küster-Gebäuden. (Der einzige Paragraph der Vorlage bestimmt, daß die auf dem Märkischen Provinzialrecht, insbesondere der Konsistorialordnung von 1873 beruhenden Verpflichtungen der bürgerlichen Gemeinden aufgehoben werden und auf die kirchlichen Gemeinden übergehen sollen.)

Da ein Antrag auf Kommissionsberatung nicht vorliegt, gelangt die Vorlage demnächst zur zweiten Lesung an das Plenum.

Es folgt die Interpellation Szmulas und Genossen: Welche Maßregeln gedenkt die Regierung zu thun, um der durch den Mangel an Gefinde und ländlichen Arbeitern in der Fortführung der Bewirtschaftung größerer und kleinerer Besitzungen herbeigeführten Katastrophe zu steuern?

Nach längerer Unterbrechung mit dem Landwirtschafts-Minister erklärt sich der Vizepräsident des Staatsministeriums, Minister v. Miquel bereit, die Interpellation sofort zu beantworten.

Abg. Szmula (Z.)

begründet die Interpellation, besonders auf Oberhessen hinweisend, wo der Arbeitermangel noch besonders verhängnisvoll durch die polizeiliche Ausweisung ausländischer Arbeiter. Dort sei der Rothstand bereits so groß, daß die Besitzer mittelgroßer Wirtschaften dieselben eingehen lassen, wodurch der Laifhändler-Verkehr vergrößert wird, die Ackerflächen aufgesorftet werden und der ganze Landstrich ein völlig verändertes Aussehen erhält. In Ostpreußen lägen die Verhältnisse ganz ähnlich. Die Furcht vor den Galgengängen ist ganz unnötig. Die Leute kommen polnisch ihres geringen Bildungsgrades wegen garnicht in Betracht. Die Löhne seien ja früher sehr gering gewesen; jetzt aber könne man von Hungerlöhnen nicht mehr sprechen. Die Löhne werden durch Eisenbahn-Bauten und andere öffentliche Arbeiten auf bestimmter Höhe gehalten. Die Wohnungen sind gut, wo sie von den Arbeitern in Ordnung gehalten werden, woran es allerdings oft mangelt.

Der Redner verläßt die Rednertribüne; es vergeht eine längere Pause, ehe das Wort genommen wird von dem

Minister Herr v. Hammerstein:

Der Mangel an Gefinde und landwirtschaftlichen Arbeitern werde von der Regierung anerkannt; über die Maßregel, welche zu treffen sind, dürfte bei der Besprechung über den Antrag Camp, der für morgen auf die Tagesordnung kommen soll, die nötige Auskunft gegeben werden können. Eine besonders strenge Behandlung ausländischer ländlicher Arbeiter finde nicht statt; die polizeilichen Bestimmungen seien für ländliche und industrielle Arbeiter die gleichen. Ueber die zu ergreifenden Maßnahmen behält sich der Minister seine Erklärung bis zur Beratung des Antrages Camp vor.

Abg. Cravo (Z.) bestätigt die Angaben Szmulas; die gleichen Verhältnisse, die dieser für Schlesien geschildert, bestehen auch in Ostpreußen, wo besonders die Sachengängerei den Rothstand verschlimmert.

Abg. v. Mendel-Steinfeld (L.)

stimmt mit dem Abg. Szmula darin überein, daß eine Enquete nicht nötig sei; der Arbeitermangel auf dem Lande sei unbestritten, obwohl der Arbeiter auf dem Lande besser gestellt sei, als der städtische; er habe keine geräumige Wohnung, gesunde Luft und reichlichen Lohn. Nur die Zeitungen, die der Landwirtschaft abgünstig sind, schildern die ländlichen Arbeiterverhältnisse ungünstig für den Arbeiter. Der Arbeitermangel ist eine echte Katastrophe. Noch im November lag Weizen auf dem Felde, der nicht eingebracht werden konnte wegen des Arbeitermangels. Es muß seitens der Regierung etwas geschehen und die Forderung Szmulas nach fremden Arbeitern ist berechtigt. Italiener sind nicht zu empfehlen, denn sie sind so zuchtlos, wie sie nur sein können. Wenn die Regierung den Ackerbau wieder rentabel macht, schwindet die ländliche Arbeiterfrage von selbst. Auch wäre es an der Zeit, an die Revision der Freizügigkeit zu denken und namentlich die Regelung des Unterstufungswohnens in angemessener Weise in Angriff zu nehmen. Zu erwägen wäre nur, ob nicht die Freizügigkeit der Minderjährigen eingeschränkt oder neu geregelt werden könnte. Besonders bedenklich werden die Kanalbauten wirken; sie werden die Arbeiter von den Bauernhöfen fortlocken. Auch die Eisenbahnpolitik wirkt nachtheilig. Die billigen Fahrten auf weite Strecken locken die Arbeiter in die großen Städte. Die Jünger um die großen Städte sind für den Lokalverkehr nötig; die billigen Fahrten auf weite Entfernungen nicht. Bei einer Revision der Gewerbe-Ordnung sollte auch gegen die jüdischen Gesinde-Vermietungsfirmen vorgegangen werden und der Kontraktbruch des Arbeiters miltig auch an den Arbeitgeber gestraft werden. Die einen kontraktbrüchigen Arbeiter beschäftigen. Die ländlichen Arbeiter bedürften auch des Koalitionsrechts nicht wie die Industriearbeiter. Die Verhältnisse auf dem Lande sind eben ganz andere. Die städtischen Arbeitsnachweise (Wädigen) der Landwirtschaft ebenfalls. Die Schulkindern mühten zur ländlichen Arbeit angehalten werden, statt sie unüberwacht im unbestritten und Unzug darüber zu lassen. Die Vertheilung des arbeitenden Volkes auf Land und Stadt muß eine gerechte werden. Das geht aber nicht ohne gezieltes Eingreifen. (Bravo.)

Abg. Camp (fr.)

hat erste Bedenken gegen die uneingeschränkte Zulassung ausländischer Arbeiter. Es werden von ihnen durch Beschließungen missliche Verhältnisse geschaffen, die niemand wünschen kann. Die ländliche Arbeiterfrage nimmt vorläufig die vollste Aufmerksamkeit in Anspruch. Szmula hängt zu sehr an städtischen Verhältnissen, übersteht aber die Nothwendigkeit einer allgemeinen, organischen Reform. Eine Reform des Gesinde-Wesens, namentlich die Konzeptionspflicht desselben ist noch immer nicht durchgeführt. Der Gewerbebetrieb dieser Klasse im Umherziehen könnte verboten werden. Die Strafe des Kontraktbruchs ist eine zweifelhafte Waffe, bestrafen wir ihn beim Arbeiter, so muß er auch beim Arbeitgeber gestraft werden; es würde genügen, den Kontraktbruch an den Arbeitgeber oder Gesindesvermietter zu strafen, der zum Kontrakt-

bruch verleitet. Die Beschränkung der Freizügigkeit der jungen Leute scheint allerdings bedenklich; aber eine Beschränkung nach der Entlassung aus der Schule ist nötig, damit die erschreckenden Differenz abnehmen, die sich bei den militärischen Aushebungen zeigen, wo im letzten Jahre 41 000 ausgehobene Personen bereits bestraft waren. In der Schule könnten ohne Schaden für ihre Erziehung die Kinder, die in der Landwirtschaft arbeiten wollen, nach Bedarf dispensirt werden. Auch die Schulstunden und Ferien könnten den ländlichen Bedürfnissen entsprechend gelegt werden. Siebt man für Getreide- und Kartoffelernte längere Ferien, so kann der Unterricht im Winter ununterbrochen erteilt werden. Auch die Forstverwaltung, die Eisenbahnverwaltung und andere staatliche Verwaltungen nehmen nicht bei ihren Arbeits-Einrichtungen die nötige Rücksicht auf die Landwirtschaft. Die Wittwen- und Waisenfürsorge auf dem Lande müsse größeren Verbänden übertragen werden. Für die Anstellung ländlicher Arbeiter können Regierung und Gemeinde viel thun. Die Verlegung von Garnisonen in kleine Städte, die mögliche Schaffung von Winterarbeit in den östlichen Provinzen könnten ebenfalls beitragen, den ländlichen Arbeitermangel zu mildern. Bis zur Wirkung dieser Maßregeln müssen wir allerdings die Zulassung ausländischer Arbeiter verlangen und die nationalen Gesichtspunkte zurückdrängen.

Abg. Langer (Z.)

schildert die Verhältnisse in den Kreisen Frankenstein und Münsterberg. Dort fehlen 2087 Acker, Mägde und Arbeiter. Besonders liegen die Verhältnisse in anderen schlesischen Kreisen und die kleineren Betriebe leiden darunter mehr als die großen. Er werde alle Fragen: Eisenbahnbauten, Kanalbauten, Militär-bewilligungen beurtheilen unter dem Gesichtswinkel der ländlichen Arbeiternoth und alles ablehnen, was die ländlichen Arbeitskräfte vermindern kann. Die Ernährung des Gefindes in seinem Wohnkreise sei gut. Es gäbe sechs Mal in der Woche Fleisch, darunter dreimal Braten mit Kompot. (Große Heiterkeit.) Strafen über bei dem heutigen Gefinde keine Wirkung; die jungen Leute erklären, daß sie ins Gefängnis gehen, um sich auszurufen. Das Verhalten der jungen Leute gegen die Herrschaft ist oft empörend.

Die Besprechung wird hierauf auf Freitag 11 Uhr vertagt; zugleich soll der Antrag Camp (betr. den ländlichen Arbeitermangel) mit zur Besprechung gestellt werden.

### Parlamentarisches.

**Stellenvermittler.** Dem Reichstag wird voraussichtlich noch in der gegenwärtigen Tagung ein Gesetzentwurf vorgelegt werden, durch den das Gewerbe der Gefindevermittler und Stellenvermittler Konzessionspflichtig gemacht wird. Der preussische Landwirtschafts-Minister hatte schon in der vorigen Landtags-Tagung während der Beratung über den Arbeitermangel auf dem Lande angeklagt, daß die preussische Staatsregierung beim Bundesrathe beantragte werde, dem nächsten Reichstag einen solchen Gesetzentwurf vorzulegen. Wie weit er das Hauptziel, die Anbahnung der Stellenvermittlung durch die Vermittler, wie es sich namentlich im Gastwirthsgewerbe geltend macht, beseitigen wird, muß abgewartet werden.

### Partei-Nachrichten.

Polizeiliches, Gerichtliches u. s. w.

— **Aus Oberhessen.** Vor dem Landgericht in Weichen wurde am 8. Februar zum zweiten Male in der belanzten Dylong-Affäre verhandelt, die bereits das Reichsgericht beschäftigt hat. Auf Antrag des Staatsanwalts Grashoff wurde die Oeffentlichkeit ausgeschlossen. Vorsitzender war Landrichter Spertlich, unter den Beisitzern befand sich unter Anderen der Landrichter Blumentberg, der bei der Verhandlung im September v. J., in der Dylong zu 1 1/2 Jahren Gefängnis verurtheilt worden war, den Vorfall geführt hatte. Der Staatsanwalt beantragte 10 Monate Gefängnis; das Gericht beschloß jedoch, die Sache zu verurtheilen. Es soll noch Beweis darüber erhoben werden, ob der Parteigenosse Morawski in Berlin bis zur Zeit der Vertheilung der inkriminierten Flugblätter durch Dylong dieser Flugblätter wegen unbedeutend geblieben, und ob es wahr ist, daß die Flugblätter bereits vorher von der Rastower Polizeiverwaltung beschlagnahmt, aber wieder freigegeben worden waren.

— **Wegen Beleidigung thüringischer Kammerherren** wurde in Altenburg der Parteigenosse Käppler als Redakteur des früheren „Wählers“ zu 3 Monaten Gefängnis verurtheilt.

### Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband.** Die am 8. Februar vorgenommene Feststellung des Resultats der Delegirtenwahlen für die Generalversammlung in Halle a. S. ergab die Wahl von 26 Anhängern der Arbeitslosen-Unterstützung im ersten Wahlgang. Zwischen zwei Anhängern der Arbeitslosen-Unterstützung muß eine Stichwahl vorgenommen werden.

**Achtung, Mechaniker und Uhrmacher!** Da ich zur Zeit durch Krankheit verhindert bin, die Geschäfte zu führen, so mögen sich die Kollegen am Sonnabend von 7 Uhr Abends ab an Kollegen Schönemann, Statistiker 7, wenden. Der Vertrauensmann.

Deutsches Reich.

**Der Streik der Bauarbeiter bei der Firma Lucas u. Vorheker in Darmen** ist durch einen Vergleich vor dem Gewerbegericht beendet. Das Gewerbegericht war zwar nicht als Einigungsamt angerufen worden, sondern sollte in den Klagen gegen die Firma wegen widerrechtlicher Lohnrückhaltung einschreiten. Nachdem diese rechtliche Frage entschieden war, wobei von 31 Klagenden 9 Recht bekamen, wurde seitens des Gewerbegerichts die Einigung versucht, die denn auch gelang. Demnach nehmen die Arbeiter heute die Arbeit wieder auf; Maßregelungen finden nicht statt. Sämtliche Arbeiter, welche die Arbeit aufnehmen, erhalten die wegen Kontraktbruch abgezogenen Gelder wieder zurückgestellt und zwar bei der nächsten Lohnzahlung. Dagegen haben die Arbeiter die Angabezettel zu unterschreiben. Jedoch wird eine zu wählende Kommission, bestehend aus 5 Arbeitern und 5 Meistern, bei Anwendung der Strafbestimmungen gehört werden. Da fast sämtliche Streikenden in der Gewerbegerichtsinstanz zugegen waren und dort ihre Zustimmung zu obigen Bedingungen gaben, so kann der Streik als beendet angenommen werden.

**Was sich die Unternehmer bieten dürfen.** In Färth i. W. wo eine starke Glasindustrie (Spiegelfabrikation) vorhanden ist, haben die Glasindustriellen unter sich vereinbart, daß die Arbeiter, die bei dem einen Unternehmer die Arbeit freiwillig niederlegen oder von demselben aus „unliebsamen Gründen“ entlassen werden, erst nach Verlauf von sechs Wochen wieder eingestellt werden. Wer also keine Arbeitsstelle verläßt, um sich etwa zu verbessern, oder wer sich bei seinem Unternehmer mistheilen macht, soll dafür durch eine sechs-wöchige Hungerkur gestraft werden, damit er in sich gebe und Längen lerne, wie die Herren Glasbarone pfeifen. Das ist natürlich kein Terrorismus, kein Verhindern an freiwilliger Arbeit, das fürchterlich mit Justizhaus bestraft werden soll! Die Färther Glasarbeiter protestirten in einer großen Versammlung gegen diese Abmachungen.

**Der Tabakarbeiter-Streik bei Rosenberg in Färth (Markt-Bruch)** ist beendet. Die Arbeiter mühten die Arbeit bedingungslos wieder aufnehmen, da sie nicht organisiert sind.

**Zur Lohnbewegung der Färther Weber** wird geschrieben! Die deutsche Arbeiterschaft hat bis jetzt wohl kaum einen Kampf zu verzeichnen, wo so viele Quertreibereien vorkommen, wie hier in Färth. In der letzten Versammlung beschloßen die Streikenden, das eigenmächtige Verhandeln der ärztlichen Führer mit den Fabrikanten zu verurtheilen. Wie schon berichtet, wurde eine Kommission



Kommunales.

Stadtvorordneten-Versammlung.

5. Sitzung vom Donnerstag, den 9. Februar 1899, Nachmittags 5 Uhr.

Von den Stadtv. Hugo Sachs und Genossen ist folgende Anfrage eingegangen:

Die Unterzeichneten fragen den Magistrat an, ob und welche Einrichtungen er getroffen hat oder zu treffen gedenkt, welche im Interesse einer geordneten Verwaltung eine Entlastung des Bürgermeisters für die Zeit herbeiführen, in welcher nicht beide Bürgermeister-Posten besetzt sind.

Stadtv. Scheiding hat aus Gesundheitsrücksichten sein Mandat niedergelegt.

Zur Beschlussfassung vorgelegt hat der Magistrat das Verzeichnis einer Anzahl Bureau-Hilfsarbeiter und Ständesamtschreiber, welche als Gemeindebeamte anerkannt werden sollen.

Die Vorlage ist den Berichterstattern nicht zugänglich gemacht worden. Aus der Debatte ergibt sich, daß die größere Zahl dieser 66 Herren nicht voll als Gemeindebeamte anerkannt werden sollen, sondern nur als Gemeindebeamte mit dreimonatlicher (statt der bisherigen vierwöchentlichen) Kündigung. Von den Stadtv. Spinola und Singer liegt der gleichlautende Antrag auf Streichung dieser Einschränkung vor.

Stadtv. Singer: Daß Herr Spinola und ich hier übereinstimmen, wird Ihnen vielleicht etwas wunderbar erscheinen, aber man muß das Gute da nehmen, wo man es findet, und so ist mir seine und seiner Freunde Unterstützung sehr willkommen. Die Vorlage erfüllt nicht die Erwartungen der Versammlung noch den Wünschen der letzten Monate und nach den letzten Äußerungen des Bürgermeisters. Man dürfte erwarten, daß bedingungslos alle 66 Ständesamtschreiber zur Anstellung gelangen sollten. Jetzt will der Magistrat sie bloß als Gemeindebeamte auf dreimonatliche Kündigung anerkennen. Dieses Entgegenkommen genügt nicht. Wenn auch der Magistrat ihre Dienstleistungen nur als mechanische bezeichnet, so weiß man doch, daß diese Beamten die ganze Arbeit selbstständig machen und der eigentliche Ständesbeamte in der Hauptsache nur seine Unterschrift giebt. Auch diese Leute leisten ihren Dienst im Interesse der Bürgerschaft und sind zum Teil über 20 Jahre, nur 18 von ihnen unter acht Jahren im städtischen Dienst. Auch sind diese Beamten vereidigt und haben sich immer als Beamte angesehen. Der Zusatz, wonach eine Anzahl der Herren auf dreimonatliche Kündigung gestellt wird, muß gestrichen werden. Finanziell ist die Sache von keiner Bedeutung; ihre Arbeitsfreudigkeit würde aber durch Gewährung einer festen Position sehr gefördert werden. Warum soll denn mit der Hilfsarbeiterfrage nicht ganze Arbeit gemacht, warum sollen hier vierzig Beamte gewissermaßen als ein Pfahl im Fleische einer geordneten Verwaltung stehen gelassen werden?

Stadtv. Spinola schließt sich dem Vordränger an, während Stadtschreiber Weise äußert, daß der Ständesbeamte sein eigener Bureaubeamter sei, daß eigentliche Ständesamts-Bureaus nicht existieren, daß man den Schreibern mithin ein zu weitgehendes Wohlwollen erweisen würde, wenn man ihnen Beamtenqualität verliehe. Der Ständesbeamte sei ein Staatsbeamter, schon aus dieser Rücksicht an; die Verantwortlichkeit könne der Magistrat nicht auf den Antrag eingehen.

Stadtv. Dr. Preuß bittet die Herren Spinola und Singer, ihn als Dritten im Bunde anzunehmen (Weiterleit.), lehnt es ab, auf die seinen Rechtsfragen sich einzulassen, die der Magistrat angegriffen habe, und bestreitet, daß irgend ein materielles Interesse gegen den Antrag ins Feld geführt werden könne.

Die Vorlage wird entsprechend den Anträgen Spinola-Singer modifiziert und in dieser veränderten Fassung angenommen.

Ueber die Vorlage wegen Aufnahme von 8 auf dem Grundstück der Norddeutschen Lagerhaus-Aktiengesellschaft, Legelerstr. 29/30, anzulegenden Straßen in den Bebauungsplan berichtet Stadtvordränger Sachs I. Der Ausschuss hat die Vorlage unverändert angenommen. Ohne Debatte beschließt das Haus in gleichem Sinne.

Die Anträge des Magistrats, betreffend die Herabsetzung des Tarifs der städtischen Wasserwerke sind, wie zu erwarten war, den Herren Hausbesitzern nicht weit genug gegangen. Wie der Berichterstatter Stadtv. Reichow mittheilt, hat der Ausschussantrag über den Magistratsantrag gar nicht erst verhandelt, sondern einen anderweitigen Antrag angenommen, wonach unter Beibehaltung der Grundtaxe von 4 M. der Preis pro Kubikmeter allgemein auf 18 Pf. herabgesetzt wird.

Stadtv. Dinse ist erfreut, daß der Ausschuss ganze Arbeit gemacht hat.

Stadtv. Bruns: Wir würden im Prinzip dafür sein, daß die Gemeinde das Wasser unentgeltlich abzugeben hat. Wir erklären uns aber trotzdem gegen die Vorlage, und zwar wegen der Entwidlung der Verhältnisse bei uns, die es mit sich gebracht hat, daß jede Vermählung des Wasserzins ein Geschenk an die Grundbesitzer darstellt. (Lebhafter Widerspruch.) Die Statistik zeigt, daß die Grundstückspreise und die Mietpreise dauernd gestiegen sind. Der Mietwerth eines Grundstücks ist von 1880 bis 1896 von 8000 auf 12000 M. gestiegen. Wenn eine einzelne Klasse der Bürgerschaft sich im Rothstand befindet, sollen allerdings die Mittel der Allgemeinheit in Anspruch genommen werden. Aber ein solcher Rothstand ist nicht nachgewiesen worden, und nach den statistischen Zahlen ist eher das Gegenteil der Fall. Die Wertsteigerungen führen sich größtentheils auf gemeinnützige Einrichtungen der Gemeinde, Straßen-Durchbrüche, Pflasterungen zc. zurück, Aufwendungen, welche die Allgemeinheit trug, aber die pekuniär nur den Grundbesitzern zu Gute kamen. Zu diesen Leistungen müssen also die betreffenden Grundbesitzer herangezogen werden, und so lange es nicht möglich ist, bei uns wie in England und Amerika die Hausbesitzer durch Gebühren heranzuziehen, so lange müssen auch vom Wasser Gebühren erhoben werden. Der frühere Kollege Dr. Alexander Meyer hat seinerzeit denselben Auffassung Ausdruck gegeben. Als ich diese Auffassung im Ausschusse vortrug, hieß es, die Wohnungsmiethen richte sich nach Angebot und Nachfrage. Aber unser statistisches Jahrbuch giebt an, daß die Zahl der unbenutzten Wohnungen von 18 000 in 1876 auf 6000 in 1895 zurückgegangen ist; allerdings ist sie seitdem wieder auf 24 000 gestiegen (Aufe: Aha!), trotzdem aber sind auch die Wohnungsmiethen gestiegen, so im Durchschnitt von 652 M. in 1889 auf 674 M. im Jahre 1891. Wenn die Zahlen nichts bewiesen, würden die gefährlichen Mietkontrakte auf Drahtschiffe beweisen, daß von einem Rothstand nicht die Rede sein kann. Die Vorlage und der Ausschuss berufen sich darauf, daß es ungerecht sei, den Wasserzins von den Hausbesitzern zu verlangen, da doch das Wasser von den Mietern verbraucht würde. Aber früher lag doch auch die Straßencleaning den Hausbesitzern ob, und man hat ohne Sang und Klang diese Verpflichtung auf die Stadt übernommen. Es wäre eine Ungerechtigkeits-sondergleichheit, wenn nach diesem Vorgange nun auch der Wasserzins ihnen abgenommen würde. Daß der Wasserzins von den Mietern längst auf die Mieter abgewälzt wird, hat schon 1887 das „Berliner Tageblatt“ nachgewiesen. Nach der damaligen Ausführung des „Tageblatt“ benutzten die Eigentümer den Uebergang der englischen Wasserwerke an die Stadt, um in die Kontrakte keine bestimmte Summe für das Wasser mehr hineinzuschreiben, sondern die Mietern im Ganzen zu erhöhen, so daß noch obenrein der Schein erweckt wurde, als ob die Hausbesitzer das Wasser umsonst abgaben, es ihrerseits aber der Stadt bezahlten. Auch der Magistrat hat in einer früheren Vorlage noch einmal direkt angegeben, daß die Hauswirthe das Mittel hatten, jede Belastung auf die Mieter abzuwälzen. Die Ermäßigung des Tarifs

ist daher nichts weiter als ein Geschenk an die Hauswirthe, wie es schon die Beilegung der Wasserwerkmiethe war. Es ist ein Unglück für die Städte, daß die Hauswirthe in der Stadtvorordneten-Versammlung einen solchen maßgebenden Einfluß besitzen (Lachen); darüber hat sogar die kapitalistische „Vossische Zeitung“ in einem leichten Augenblick bevegliche Klage geführt. Wenn Sie die Ueberwälte sonst nicht unterzubringen wissen, dann erhöhen Sie doch die Löhne der städtischen Arbeiter! (Auf: Aha!) Die meisten Arbeiter der Wasserwerke haben bloß 18 M. Wochenlohn; ihre Bitte um Erhöhung ist erst nach längerer Zeit und ausweichend beantwortet worden. Die Verweisung auf das Kommunalabgaben-Gesetz schließt nur, in der Regel Tariffälle über die Selbstkosten hinaus aus. Weshalb also mit aller Gewalt diesen Andrängen der Hausbesitzer Folge leisten? Wir werden ja noch manche weiteren Anträge von dieser Seite zu erleben haben; sie wollen ja bloß vorläufig davon absehen, auch die Kosten des Wassers für die öffentlichen Anlagen den einzelnen Verwaltungen aufzuhalten, und kommen bei der Etatsberatung damit wieder. Der Magistrat hat kaum erschwerten Widerstand gegen diese neuen Anzupfungen geleistet.

Stadtv. Wallach protestirt gegen die Ausführungen des Vordrängers. Es handle sich nicht um ein Geschenk, aber nur in Höhe von 20-22 M. jährlich für das Haus. Uebrigens werde jeder Hausbesitzer jeden Mieter, der es verlange, seinen Antheil an diesen 20 Mark gern herauszahlen. (Weiterleit.) Die Gemeinde-Einrichtungen können allerdings bei Straßendurchbrüchen den anliegenden Besitzern zu Gute; Herr Bruns bringe einen Antrag auf Heranziehung der Anlieger ein; er (Meyer) sei der erste, der ihn unterschreibe. Herr Singer habe 1894 ausdrücklich zugegeben, daß die Wasserwerke keinen Ueberzuschuß geben dürften. Die Mietpreise seien an der Peripherie und in den alten Häusern nicht gestiegen, sondern gefallen. Die Steigerung rühre von den modernen forstforstbaren Neubauten her. Ehe an ein Hausgraziarieikum gedacht würde, seien die Bestrebungen dahingewandt, daß die Stadt das Wasser, was sie verbraucht, auch bezahle. Der Antrag, die Ueberwälte der Wasserwerke auf die Defizits der Kanalisation anzurechnen, werde immer wiederlehren, bis er angenommen sei.

Stadtv. Singer: Ich glaube vollkommen, daß der Antrag immer wiederlehren wird. Die Hausgraziarier haben von den Landgraziarier gelernt, so lange zu schreien, bis sie durchdringen. (Anruhe.) Der Ausschussantrag und schon der Magistratsantrag hatte gar keinen anderen Zweck, als den Hausbesitzern entgegenzukommen. Wenn Herr Wallach meine Äußerung von 1894 gegen mich zitiren will, so hat doch Bruns viel schärfer ausgeführt, daß eigentlich die Gemeinde das Wasser unentgeltlich liefern müßte. Diese Auffassung wird durch unsern Widerspruch gegen den Antrag keineswegs beeinträchtigt. Wir übernehmen damit doch nicht die Verpflichtung, den Hausbesitzern zu Lasten der gesammten übrigen Bevölkerung eine solche Einnahme zu geben. Es dürfte also Herrn Wallach nicht gelingen, uns einen Widerspruch hierin nachzuweisen. Die agrarischen Anschauungen sind wie eine Epidemie, sie stecken an und führen in den Städten zu einer Hausgraziarierpolitik. Zum klaffendsten Ausdruck kommt dieses neue Prinzip in dem Antrag Wallach, der sogar die Freizügigkeit der städtischen Beamten zu Gunsten der Hausbesitzer einfach über den Haufen wirft, indem er jenen das Wohnen in den Vororten verbieten will. Es liegt also System in den Bestrebungen der Hausbesitzer, die Gemeindeverwaltung zu demüthigen, um sich möglichst Erleichterungen zu verschaffen. Leider bringt es die unglückliche Bestimmung der Städteordnung, daß die Hälfte der Stadtvorordneten Hausbesitzer sein müssen, zuwege, daß die Interessen des Grundbesitzes hier vorherrschen. (Stadtv. Spinola: Sehr recht!) Herr Spinola scheint mir seine heutige Bundesgenossenschaft schon geändert zu haben (Weiterleit.), aber er wird nicht leugnen, daß hier den Hausbesitzern einseitig Vorteile zugewendet werden. Es ist immerhin erfreulich, daß Herr Wallach uns bezüglich der Heranziehung der anliegenden Grundbesitzer entgegenkommen will; ich fürchte nur, daß nach der Politik des heiligen Florian die Hausbesitzer, die keinen Vortheil von den betr. Verbesserungen haben, den anderen diese Belastung gern werden anhaften wollen, daß sie aber als Anlieger nicht dieselbe Vereinnahmung zeigen werden. Wir haben keine Veranlassung, dieser Liebesgabenpolitik zuzustimmen. Es sind netto 6-700 000 M., welche die Gemeinde den Hausbesitzern ausliefern soll. Leider hat der Magistrat nach diesen ewigen Androhungen bereits den kleinen Finger geboten und wird bald die ganze Hand nachfolgen lassen müssen. Sehr charakteristisch ist der Widerspruch, den mein Freund Bruns fand, als er auf die allgemeinen Interessen und auf die Interessen der Arbeiter zu sprechen kam. Den Hausbesitzern wollen Sie ein solches Geschenk machen und debattiren darüber Stunden lang; regen wir an, daß man richtiger da aufbessert, wo die geringsten Löhne sind, so erhebt sich ein Sturm der Entrüstung. Bruns hat statistisches Material für seine Behauptungen beigebracht; Herr Wallach leitet einfach das Nachtverhältnis heraus; seine Hausgraziarier-Politik unterschreibt sich um sein Haar von der Politik der ostelbischen Junker. Lehnen Sie die Anträge ab! (Lebhafter Beifall und Widerspruch.)

Stadtv. Kalisch polemisiert gegen die Ausführungen Singer's. Hausbesitzerpolitik werde hier nicht getrieben. Dem Hausbesitz würden immer neue Lasten auferlegt, so jetzt die Müllabgabe. Er gönne ihnen die keine Einnahme von Herzen, obwohl er kein Hausgraziarier sei. Die Haus- und Mietpreise seien infolge der neuen Bauordnung gestiegen. (Zustimmung und Widerspruch.)

Stadtv. Dinse meint, es handle sich hier bloß um ausgleichende Gerechtigkeit. Die Hausbesitzer in der Versammlung trieben ganz gewiß keine Interessenpolitik.

Der Ausschussantrag wird mit großer Mehrheit angenommen. Die Etats für den Viehhof und Schlachthof sowie für die Fleischschau werden dem zu bildenden Staatsausschuss überwiesen. Der Tarif für die Fleischschau wird genehmigt.

Schluss 1/23 Uhr.

Die Krankenversicherung der städtischen Arbeiter.

Durch Erlass eines neuen Ortsstatuts haben die Gemeindebehörden von Berlin bestimmt, daß vom 1. April d. J. ab alle bisher nicht krankenversicherungspflichtigen, in Kommunalbetrieben und im Kommunaldienste beschäftigten Personen der Krankenversicherungspflicht unterliegen, soweit sie nicht die Beamtenqualifikation besitzen. Ueber die Form der Krankenversicherung enthält das Ortsstatut keine Bestimmung. Es stand daher die Frage, ob eine Orts- oder Betriebs-Krankenkasse für die neu zu versichernden städtischen Arbeiter zu errichten sei, oder ob dieselben einer schon bestehenden Krankenkasse überwiesen werden sollen, in der am Mittwoch Abend abgehaltenen Sitzung der Gewerbe-Deputation des Magistrats zur Verhandlung.

Der Referent, Magistrats-Assessor Hamburger, empfahl die Errichtung einer neuen Betriebs-Krankenkasse, in die nicht nur die bisher nicht versicherungspflichtigen, im Kommunaldienste beschäftigten Personen aufgenommen werden sollen, sondern möglichst alle in städtischen Betrieben beschäftigten Arbeiter, auch diejenigen, welche, wie die Arbeiter der Gasanstalten zc. schon jetzt hiesigen Orts-Krankenkassen (Maschinenbauerkasse zc.) ihrer Versicherungspflicht genügen. Diesen Vorschlägen traten in der lebhaftesten Erörterung der Frage unsere Parteigenossen Stadtvordränger Vorkmann und Bürgerdeputirter Luyauer entgegen. Vorkmann plädirte für den Anschluß an bestehende Ortsklassen. Diejenigen städtischen Arbeiter, welche jetzt schon bei den Orts-Krankenkassen versichert sind, solle man nicht zwingen, ihre wohlverworbenen Rechte bei diesen Klassen aufzugeben, um einer neuen städtischen Betriebs-Krankenkasse beizutreten. Solchen Zwang

solte am wenigsten eine städtische Behörde ihren Arbeitern auferlegen. Luyauer erklärte, es stehe einer auf Grund des Selbstverwaltungsrechts gewählten Behörde, deren Pflicht es sei, das Selbstverwaltungsrecht nach jeder Richtung zu wahren und zu fördern, schlecht an, Zwangsmahregeln zu ergreifen, wie sie der Referent beantragt bezw. in Aussicht gestellt habe. Krankenkassen würden nicht im Interesse der Arbeitgeber errichtet, sondern im Interesse der Arbeiter. Man solle deshalb die Entscheidung darüber, ob eine neue Betriebs-Krankenkasse errichtet werden oder Anschluß an bestehende Orts-Krankenkassen erfolgen solle, den betreffenden Arbeitern überlassen.

Nach Schluß der äußerst ausgedehnten Diskussion gelangte der Antrag, eine neue Betriebs-Krankenkasse zu errichten, mit allen gegen 4 Stimmen zur Annahme. (Die Gewerbe-Deputation zählt 30 Mitglieder.) Es wurde ferner beschlossen, daß für die zur Zeit noch nicht versicherten Arbeiter der städtischen Betriebe vom 1. April d. J. ab bis zur Konstituierung der neuen Betriebs-Krankenkasse die Gemeinde-Krankenversicherung einzutreten habe.

Ein von Vorkmann gestellter Antrag, im Falle der Errichtung einer Betriebskasse die jetzt anderweitig beschäftigten Arbeiter erst zu fragen, ob sie freiwillig aus ihren Klassen ausscheiden wollen, wurde nur von sechs Stimmen unterstützt.

Kunnehr werden sich der Magistrat und die Stadtvorordneten-Versammlung mit den Beschlüssen der Gewerbe-Deputation zu beschäftigen haben.

Lokales.

In der am Sonntag Abend 6 Uhr bei Jubel, Lindenstraße 100, stattfindenden Versammlung für Männer und Frauen hält Genosse Dr. Wehl einen Vortrag. Nachher gemütliches Beisammensein.

In der am Sonntag Abend 6 Uhr im Kösliner Hof stattfindenden öffentlichen Versammlung hält Genossin Ottilie Haaber einen „Proletariatskinder“ benannten Vortrag. Um zahlreiches Erscheinen besonders der Frauen ersucht. Die Vertrauensperson.

Freie Volksschule. Mit einem Gastspiel der Frau Prajz-Greunberg beginnt die 6. Serie der Vorstellungen am Sonntag, den 12. Februar, Nachmittags 2 1/2 Uhr, für die I. Abtheilung im Friedrich-Wilhelmstädtischen Theater. Aufgeführt wird die Komödie von Max Dreper: „In Behandlung“; für die folgenden Abtheilungen dasselbe Stück an den folgenden Sonntagen. Die VI. Abtheilung ist erst zu zwei Dritteln gefüllt, daher können sich noch Mitglieder in allen Jahrgängen melden. Der Vorstand, J. A. G. Winkler.

Eine eigenartige „Harmonie“!

Der Streit im Verein „Frauenwohl“, der in der letzten Generalversammlung dieser Vereinigung bürgerlicher Damen zum offenen Ausbruch gekommen ist, wurde am Mittwoch im Verein „Jugendklub“ erörtert. Frau Rechtsanwältin Bieber gab eine Darstellung der Differenzen zwischen ihr und Frau Schulz-Cauer, die danach in der Hauptsache auf persönliche Motive zurückzuführen sind. Auf eine Wiedergabe kann hier verzichtet werden. Für weitere Anekdote und aus sachlichen Gründen von Interesse ist nur, was in der Diskussion Herr Rechtsanwalt Bieber über einen Vorgang mittheilte, der sich zwischen dem von Fr. Bieber geleiteten „Jugendklub“ und dem von Fr. Cauer geleiteten „Kaufmännischen und gewerblichen Hilfsverein für weibliche Angestellte“ abgespielt hat. Dem „Jugendklub“ wurden durch das Bureau des „Hilfsvereins“ wiederholt Geschäftsinhaber namhaft gemacht, welche weibliche Angestellte durch unethische Zumuthungen u. s. w. beleidigt haben sollten. Verschiedene Geschäftsinhaber wurden, mit Zustimmung und auf Wunsch des „Hilfsvereins“-Bureaus, nach Prüfung des Sachverhalts durch den „Jugendklub“ bei der Staatsanwaltschaft denunziert und sind dann auch bestraft worden. Zu einem Falle aber wurde vor Gericht die Belastungszugent als nicht glaubwürdig hingestellt und die Anzeige als ein Machwerk einer Angestellten des „Hilfsvereins“-Bureaus bezeichnet. Der Vorstand des „Hilfsvereins“ wurde aus Anlaß dieses Falles in der Presse angegriffen, erklärte aber, daß er den Denunziationen völlig fernstehe und mit dem „Jugendklub“ überhaupt nichts zu thun habe. Als Frau Cauer vom Vorstand des „Jugendklub“ deshalb zur Rede gestellt wurde, erwiderte sie (nach Herrn Bieber's Angabe), der „Hilfsverein“ habe auch Geschäftsinhaber zu Mitgliedern, sie habe beschwert, der Verein könnte durch den Vorfall die Sympathien dieser Herren verlieren, darum habe sie jene Erklärung mitunterzeichnet. Fr. B. erklärte, die Sache bisher aus Rücksicht auf den „Hilfsverein“ verschwiegen zu haben, jetzt glaube er sich aber zu solcher Rücksicht nicht mehr verpflichtet. — Löst man den Vorgang los von den persönlichen Hänkereien zwischen Fr. B. und Fr. C., so ist er geeignet, wieder einmal recht deutlich zu zeigen, was es mit der „Harmonie“ zwischen den Geschäftsinhabern und den Angestellten auf sich hat, die der „Hilfsverein“ auf seine Fahne geschrieben hat. Es kommt bei solchen „Interessengemeinschaften“ schließlich immer mal eine Gelegenheit, wo das Interesse des Arbeitgebers über das des Arbeitnehmers gestellt werden muß, wenn der Arbeitgeber nicht die Lust zu weiterem „harmonischem“ Zusammenwirken verlieren soll. Wenn Herrn B.'s Angaben zutreffen, so hat der „Hilfsverein“ Maßregeln, die er vorher als zum Schutze der weiblichen Angestellten notwendig erachtet hatte, aus bloßer Furcht vor der Ingnade seiner hochwürdigen Gönner wieder aufzugeben. Es ist übrigens zu wünschen, daß der Vorstand des „Hilfsvereins“ sich zu der Angelegenheit jetzt gleichfalls äußert.

Von den 26 alten Häusern in der Spandauerstraße, welche der Verbreiterung dieser Straße zum Opfer fallen, sind 23 größtentheils bereits bis auf die Grundmauern vom Erdboden verschwunden, so daß die Nikolaitirche auf dieser Seite vollständig freigelegt ist.

Ueber die Vierokale, welche durch Schilder anzeigen, daß sie 1/10 Liter besseres Bier für 10 Pf. verkaufen, wurde in der letzten Versammlung des Vereins Berliner Weißbierwirthe Klage geführt. Sowohl Herr Köhne von der Schulzeiß-Bräuerei als auch Herr Goldschmidt von der Hagendorfer Bräuerei haben einer Deputation gegenüber erklärt, daß sie solche Schankstätten nicht unterstützen. Diese Zusicherungen wurden von der Versammlung angezwifelt.

Ein alter Schwindel in neuer Form. Durch einen Geschäftsluiff sind in letzter Zeit in Berlin wie in seinen Vororten eine Anzahl Familien sehr unliebsam überrascht worden. Diese erhielten einen in seinem Keueren genau wie ein Trauerbrief aussehenden, mit einer Dreipfennig-Marke frankirten Brief zugestellt. Selbstverständlich betrauerte der Brief den Empfängern einen heiligen Schred, da sie glaubten, die Ankündigung eines Todesfalles zu erhalten. Als sie jedoch den Trauerbrief öffneten, fanden sie darin auf ebenfalls mit einem Trauerband versehenen Briefbogen die — Anpreisung einer Braunschweiger Lotterieloselle, motivirt mit dem angeblichen Tode des Jubelers Seelhorst. In der Offerte wird den Empfängern eine ungläubliche Geschichte erzählt, damit sie — Loose kaufen.

Vertehrstockungen in Betriebe der Strahnbahn sind auch vom gestrigen Tage wieder zu verzeichnen. So verfiel unter anderem auf der Linie Schöneberg-Alexanderplatz am gestrigen Nach-

mittig in der Leipzigerstraße in einem elektrischen Wagen der Motor, so daß der Wagen wie festgebunden stehen blieb und der Wagenverkehr für einige Zeit nach einer Richtung hemmt. Schließlich kam ein noch thätkräftiger Wagen heran und brachte das defekte Gefährt auf den Schut.

**Einen etwas ungewöhnlichen Weg** schlägt ein Herr Paul Preuß aus der Fernstr. 47 ein, um sich vor Schaden zu bewahren. Auf Zetteln, die in Massen auf der Straße verstreut werden, erklärt er in fettem Druck kurz und bündig: „Schulden, die meine Frau macht, bezahle ich nicht.“

In die **Tollwuth-Station** sind gestern, Donnerstag, wieder drei Personen aufgenommen worden, Kinder im Alter von 5 und 7 Jahren, ein Sohn und eine Tochter des Gärtners H. und eine Tochter des Gärtners R. aus Ziesberg im Kreise Lauban. Die Kinder sind Ende Dezember o. J. von einem Hund gebissen worden, der vor Kurzem getödtet und als tollwuthkrank erkannt wurde. Nach dieser Feststellung sind die Kinder auf Veranlassung der Ortsbehörde hierher gebracht worden. Die Erfolge der Anstalt können erfreulicherweise als sehr günstig bezeichnet werden. Die Inkubationszeit beträgt bei der Tollwuth 65 bis 70 Tage. Am 11. ist die Station im Juli o. J. eröffnet worden und hat bereits über 150 Patienten behandelt und zum größten Theil längst wieder in die Heimath entlassen. Es ist aber noch kein einziger Fall gemeldet worden, in dem die schreckliche Krankheit zum Ausbruch gekommen wäre.

In ihrem **Vernis** sind am Mittwoch Nachmittag drei Brauereiarbeiter auf der Abtheilung Kessel der Schultheis-Brauerei verunglückt. Hier wurde in einem Keller ein neues Rohr gelegt. Auf einem Gerüst, das dadurch hergestellt war, daß man Bretter auf Bierfässer gelegt hatte, waren die Arbeiter Sauer, Diener und Hecht beschäftigt. Das Gerüst brach zusammen und die drei Arbeiter fielen aus einer Höhe von drei Metern herab. Sauer erlitt durch nachfolgende Bretterverletzungen an den Schultern, Diener und Hecht zogen sich Fußverstauchungen zu. Die Verunglückten wurden auf die Unfallstation I in Pflege gebracht.

**Selbstmordversuch.** In der Nacht zum Mittwoch versuchte die 22 Jahre unversehrte Arbeiterin Martha J. in ihrer Wohnung in der Neuen Königstraße sich mit Sublimat zu vergiften. Sie wurde nach dem Krankenhause am Friedrichshagen gebracht.

**Schwer verbrüht** hat sich der dreijährige Knabe Hans Stolz in der elterlichen Wohnung am Binetaplag Nr. 9. Der Knabe spielte in der Küche, während die Mutter wusch, und fiel, als diese durch Klingeln an der Thür auf einen Augenblick abgelenkt wurde, in den Kessel mit kochendem Wasser. Als die Mutter auf sein Geschrei zurückgekehrt kam, hatte er sich schon so schwer am ganzen Körper verbrüht, daß man ihn schließlich in ein Krankenhaus bringen mußte.

**Der Maurer Herr Max Bethge**, Vorjingstr. 10, theilt mit, daß er mit dem im Gerichtsbeil der Nr. 32 erwähnten Streibrechtler gleichen Namens nicht identisch ist.

**Urania.** Heute, Freitag, Abends 8 Uhr, findet der letzte Vortrag des Ethnologen Dr. A. Heilborn in der „Urania“ statt. Das Thema handelt über „Ursprung und Entwicklung von Sprache und Schrift“. Zahlreiche Projektionsbilder sowie anatomische und ethnologische Sammlungen werden zur Erläuterung des Vortrages wesentlich beitragen.

**Kunst-Schaubühne.** Am nächsten Sonntag, den 12. Februar, Nachmittags 5 Uhr, veranstaltet die Kunst-Schaubühne (Direktion: Dr. Köppen und Dr. Stöckner) im wissenschaftlichen Theater der alten Urania, Invalidenstr. 67, ihre letzte Schaulustvorstellung zu erwähltem Preis (Vorzeit 60 Pf.), zu der auch die Angehörigen der Schüler und Schülerinnen Zutritt haben. Zur Vorführung gelangen die „Reiterwerke deutscher Kunst“, Projektionsvortrag von Professor Dr. Max Schmid-Radten.

**Feuerbericht.** Mittwoch Abend wurde die Wehr nach Birkenstraße 48 gerufen, wo Schaldecke und Balkenlage in Brand gerathen waren. Beide mußten aufgeschoben werden, was viel Arbeit verursachte. Zur selben Zeit brannte Eibingerstraße 81 der Aufboden in der Küche. Stallschreiberstr. 12 mußte in einer Goldschmiedefabrik ein Schandfeuer abgelöscht werden, das wegen großer Verunreinigung den Wächmannschaften viel zu schaffen machte. Am Donnerstag erfolgten nur zwei Alarmierungen aus geringfügiger Ursache.

### Aus den Nachbarorten.

**Rizdorf.** Den Mitgliedern des sozialdemokratischen Vereins „Vorwärts“ zur Nachricht, daß die Vereinsversammlung am Dienstag wegen der am selben Tage stattfindenden Volksversammlung ausfällt. Jedes Mitglied erhält bei Zahlung der Beiträge die Prospektur „Der Kampf gegen die Arbeiterkoalitionen“ beim Kassirer Müller, Kirchhofferstr. 20, 4 Tr., sowie in den Zahlstellen R. 3 p. l., Restaurant, Karlagartenstr. 1; Reyeran, Hagenhandlung, Hermannstr. 50; Klein, Restauration, Kaiser Friedrichstr. 236; Thomas, Restauration, Bergstr. 103; Herrmann, Hagenhandlung, Altdorfstr. 1; S. 9, Restaurant, Jägerstr. 69, unentgeltlich. Am 18. März findet im Apollo-Theater ein Vereinsvergessen statt. Zum zweiten Osterfesttag, Nachmittags 2 Uhr, ist eine Urania-Vorstellung arrangirt. Billets sind ebenfalls in vordennannten Zahlstellen zu haben.

**Charlottenburg.** **Stadtberechtigten-Versammlung.** In ihrer gestrigen Sitzung genehmigte die Versammlung die Vorlage betreffend die Einrichtung von Schulklassen für Scharfkindern, sowie die Verstärkung mehrerer Positionen des Etats. Die Position „Stellvertretung und Nachstunden an der höheren Mädchenschule“ wurde um 600 M., die Position „Stellvertretung“ beim Titel Gemeindefiskus um 4000 M., die Position „Handarbeits-Unterricht“ um 690 M. und die Position „Warmmittel für unbedeutende Kinder“ um 1800 M. erhöht. Begründet wurden diese Mehrforderungen einmal durch ungewöhnlich lange andauernde Vertretung erkrankter Lehrer und ferner durch die Einrichtung der neuen Gemeindefiskalen XVII/XVIII und XIX/XX. Des Weiteren gelangte zur Annahme die Vorlage betreffend die Festsetzung von Zuschüssen zur südlichen Erweiterung des Savignyparkes. Nach dem Projekt, das einen Kostenaufwand von 10 000 M. verursacht, wird die südliche Fluchtlinie des Savignyparkes soweit nach Süden verschoben, daß südlich der Stadtbahn zwischen dieser und der neuen Fluchtlinie im Falle des Bedarfs noch eine Straße angelegt werden kann. Die Stadtbahn stellt sich dann in Zukunft als ein den Platz durchquerendes Viadukt dar. Schließlich wurde noch die Vorlage betreffend den Kadidhauskonkordat für das Rechnungsjahr 1899/1900 sowie die Revision des Normal- etats zum 1. April 1899 einem Ausschuss von 13 Mitgliedern überwiesen. An die öffentliche Sitzung schloß eine geheime An-

**Die Diebstähle in der technischen Hochschule** zu Charlottenburg, über die auch früher schon viel gesagt worden ist, sind in diesem Semester wieder sehr häufig. Sie haben die Zahl fünfzig überschritten. Gestohlen werden Reizeuge, Fahrräder und besonders Heberzeuge. Erst gestern Nachmittag hat der Student Hans D. einen neuen Heberzeuger eingeschiff, der ihm zwischen 8 1/2 und 9 1/2 Uhr vom Flur gestohlen wurde. Mit dem Heberzeuger verlor er auch verschiedene Papiere, die sich in den Taschen befanden, einen Kragen-schoner und ein Taschentuch, das H. D. gezeichnet ist.

**Um die gleichmäßige Verteilung der Schöneberger Geschäfte** an den Sonn- und Feiertagen mit Berlin und Charlottenburg herbeizuführen, hatte sich auf Beschluß der Schöneberger Stadtberechtigten die städtische Polizeiverwaltung an die Gemeindefiskalräthe von Schöneberg und der zwölf Apostel-Kirche gewendet, um eine endgültige Erklärung herbeizuführen. Die eingegangenen Schreiben beider Kirchenbehörden gehen dahin, daß es im kirchlichen Interesse liege, die bisher für die Hauptgottesdienstzeit festgesetzten Stunden von 9 1/2—11 1/2 Uhr beizubehalten. Der Kirchenvorstand von zwölf Apostel würde, wenn die gewünschte Gleich-

stellung der Zeit des Geschäftschlusses für Schöneberg, Berlin und Charlottenburg nur durch Anschließung von Schöneberg an die für die beiden anderen Städte getroffenen Festsetzungen zu erreichen sein sollte, dagegen keinen Widerspruch erheben. Der hiesige Kirchenvorstand habe aber eine Abänderung abgelehnt. Da eine Gleichstellung für das laufende Publikum sowohl als für die Gewerbetreibenden ein sehr dringendes Bedürfnis ist, soll diese Angelegenheit dem Konfessionsrat unterbreitet werden.

**Nach Anweisung der Wählerlisten für die bevorstehenden Stadtberechtigtenwahlen** in Rizdorf sind insgesamt 15 600 Wahlberechtigte vorhanden. Von diesen entfallen auf die erste Wählerklasse 66, auf die zweite Wählerklasse 719, auf die dritte Wählerklasse 14 815. — Das Rizdorfer Polizeirevier wird trotz der Stadtberechtigtenverleihung vorläufig noch keine Umgestaltung erfahren. Die Gendarmen werden noch weiterhin beibehalten werden und nur eine Verstärkung durch polizeiliche Hilfskräfte erfahren. Erst im nächsten Jahre wird das Berliner Polizeipräsidium die Rizdorfer Polizei übernehmen.

**Friedrichshagen.** Die Gemeindevertreter-Sitzung am Mittwoch beschloß die Einverleibung von neun zum Stadtbezirk Köpenick gehörigen Grundstücken in den Gemeindebezirk Friedrichshagen. Zur Vorbereitung des Gemeindehaushalts-Etats für das Rechnungsjahr 1899/1900 wurde eine viergliedrige Kommission gewählt. Um vielfachen Klagen über ungenügende Feuer-Alarmvorrichtungen abzuhelfen, beschloß die Vertretung, die Wohnung des Oberführers der freiwilligen Feuerwehr und des Pferde-Depots telephonisch zu verbinden. Ein vom Gemeindevorstand und mehreren Vertretern angearbeiteter Statut, betreffend die dienstlichen, sowie die Gehalts- und Pensionsverhältnisse der Gemeindebeamten, wurde nach längerer Debatte von der Vertretung genehmigt. Bei dieser Gelegenheit legten unsere Genossen Party und Sonnenburg der Vertretung ans Herz, in Zukunft auch die im Gemeindefiskus beschäftigten Arbeiter in Bezug auf Lohn- und Arbeitszeit mehr als bisher zu berücksichtigen. Die Gemeinde habe die Pflicht, ihre angestellten Arbeiter gegen Invalidität, Unfall und Krankheit zu versichern, sowie für die im Gemeindefiskus erkrankten Arbeiter und deren Hinterbliebenen Hülfe zu leisten. — Der gegenwärtige Stand der höheren Privatschulen und Mädchenschule veranlaßte eine lebhafte Debatte. Aus einem Bericht ging hervor, daß die Knabenschule trotz der von der Gemeinde gezahlten Subvention befähigt zurückgeht. Beide Anstalten werden zur Zeit von ca. 150 Schülern besucht. Unsere Genossen wiesen darauf hin, daß während etwa 1500 Kinder sich mit dem Unterricht der Volksschule begnügen müssen, eine geringe Zahl von Kindern durch besseren Unterricht bevorzugt werde. Das sei ungerecht. Sie lehrten darum die jährliche Subvention von 4000 M. ab. Möge die Gemeinde den Volksschul-Unterricht vervollkommen und den schulpflichtigen Schülern ermöglichen, höhere Schulen zu besuchen. Den vom Gemeindefiskus schon wiederholt geäußerten Wünschen, im hiesigen Orte eine höhere Schule zu errichten, wurde vom Vorsitzenden und anderen Rednern entgegengehalten, daß daran aus finanziellen Gründen auf absehbare Zeit nicht gedacht werden könne. Gegen die Stimmen unserer Genossen wurde die weitere Subventionierung von 4000 M. pro Jahr beschlossen.

**Weißensee.** Die Gemeinde Neu-Weißensee zählte Ende Januar dieses Jahres 29 112 Einwohner. — Hier am Orte scheint zur Zeit bei einigen Personen Neigung vorhanden zu sein, die, sagen wir, Gemüthslosigkeit eines großen Theiles ihrer Mitmenschen spekulativ auszunützen. Man plant zum Besten der im Ort befindlichen katholischen Kirche eine Verloosung. Hierzu sollen 5000 Loose à 50 Pf. ausgegeben werden. Sie aberzeitend und eindringlich muß es sich dann in einem solchen Hause eisen lassen gegen Genuß- und Spielucht. Sollte dann im Gefolge eines besonders eifrigen Predigers ein fruchtbares Werk sich zeigen, dann spenden Trost die Worte: Der Zweck heiligt das Mittel!

**Schwargendorf.** Das durch den Tod des Oberamtmannes Friebe erledigte Amt eines Gemeindevorstehers ist neu zu besetzen. Die am Mittwoch stattgehabte Versammlung der Gemeindevertreter verhandelte in nichtöffentlicher Sitzung über diesen Punkt und beschloß die Ausschreibung dieses Postens. Im Interesse der Steuerzahler wäre zu wünschen, daß zum Gemeindevorsteher nur eine solche Person gewählt werde, die sich einer guten Gesundheit und eines guten Geldbeutels erfreut, damit die Gemeindevertretung nicht wieder in die Lage kommt, Weihnachtsgroßleistungen und Verschüsse zu bewilligen aus dem Steuerfödel bewilligen zu müssen. — Die hygienischen Zustände in unserem neuen, erst vor wenigen Jahren erbauten Schulhause sind recht schlecht. Die Räume lassen sich nicht genügend erwärmen, so daß bei niedriger Temperatur die Kinder sehr zu leiden haben. Am Montag und Dienstag mußte sogar der Unterricht der Kälte wegen ausfallen. Wie soll das erst in einem strengen Winter werden? Im Interesse des höchsten Gutes unserer Kinder — der Gesundheit — muß hier Wandel geschafft werden.

**Pankow.** In der letzten öffentlichen Sitzung der Gemeindevertretung wurde der Forderung des Provinzial-Schulkollegiums, betreffend die Wahl eines Kuratoriums der Realschule, stattgegeben. Ferner wurde eine Schulordnung der Realschule genehmigt. Die Versorgung der Hinterbliebenen der Lehrer und Beamten der Realschule wird durch eigenes Statut geregelt, und die Versicherung durch die Brandenburger Wittwen- und Waisenkasse abgelehnt; es wird ein besonderer Fonds gegründet. — Ein ernstes Gesuch der Gemeindefiskalräthe um Gewährung von Wohnzuschüssen wurde auf Antrag eines Gemeindefiskalrats-Mitgliedes von der Tagesordnung abgesetzt und in geheimer Sitzung verhandelt. — Große Heiterkeit erregte die Mitteilung, daß das Gemeindefiskalrat-Mitglied fürderhin nicht mehr der Adler führen darf; es wurde beschlossen, hinfür den vom Adler eingenommenen Raum frei zu lassen. — Als vor etwa zwei Jahren das Gehalt des Amtsvorstehers erheblich aufgebessert wurde, lag gleichzeitig ein Gesuch der Gemeindefiskalräthe vor, ihre zum Theil länglichen Gehälter zu erhöhen und ihnen event. Wohnungsgeldzuschüsse zu gewähren. Dies Gesuch wurde von der freimüthigen Mehrheit der Gemeindevertretung rundweg abgelehnt. Die Angelegenheit ist seitherzeit viel besprochen worden und zwar nicht zu Gunsten der Gemeindefiskalräthe. Heute wissen sich die Herren zu helfen; indem sie die Angelegenheit in eine geheime Sitzung verlegen, glauben sie der Öffentlichkeit keine Rechenschaft schuldig zu sein. Gleichzeitig wird die Abstimmung der einzelnen Vertreter nicht kontrollirt werden können. Die Genossen Pankow werden aber dafür sorgen, daß dies Gebahren der Gemeindefiskalräthe nicht verdeckt werde. Am Unzulässigsten vorzugehen, haben die polizeilichen Organe Auftrag erhalten, auf das Strengste darauf zu achten, daß die elektrische Bahn (Pankow-Gesundbrunnen) unter der Ueberführung der Nordbahn langsam fährt.

**Mrs. Wiegand a. O.** schreibt man uns: In der Nacht vom 8. zum 4. ds. Mts. hat in Kienitz a. O., Oberbruch, der Landwirth Wielenz seine Frau erschossen; Wielenz ging dann in die mit Stroh und sonstigen Vorräthen gefüllte Scheune, steckte diese in Brand und erschloß auch sich darin. Der Thäter hinterließ vier unminörliche Kinder, wovon das älteste sich auf dem Seminar befindet. Wielenz, der ein sehr fleißiger und ausdauernder Mann war, ist ein Opfer der Noth geworden. Früher stand er in guten finanziellen Verhältnissen, aber seit Jahren litt sein Land unter strengen Ueberwinternungen, so daß es bei ihm mit diesen Schritten rückwärts ging. Am Sonnabend wurde ein Gerichtsdolmetscher aus Frankfurt a. O. erwartet, um gepfändete Gegenstände zu verkaufen; diese Schande schien der Verzweifelte nicht überleben zu können. Wie es Wielenz erging, so geht es dem größten Theil unserer Bauern am Oberbruch zu, wäre es nicht besser, für die endliche Regulierung des Oberbruchs zu sorgen, als sich für Militär und Marine zu bewilligen? Hier herrscht allgemein die Meinung, daß die Ober schon langst regulirt wäre, wenn die Edelsten und Besten hier im Dache unter der Ueberwinternungen zu leiden hätten. So sind aber nur einfache Bauern die Bedrängten.

**Auf dem städtischen Schlachthof in Spandau** wurden in dieser Woche bei der Nachuntersuchung in einer Speckseite, die don aufgeschliffen eingeführt und in Lichtenberg als „trichinenfrei“ abgestempelt worden war, Trichinen entdeckt.

### Verfassungen.

**Eine Versammlung der Konfessionsarbeiter und Arbeiterinnen** fand Mittwoch Abend in der „Concordia“, Braunenstraße, statt. Die Versammlung war nur mittelmäßig besucht. Reichstags- Abgeordneter Rosenow sprach zunächst über: „Die Zustände in der Konfektionsindustrie und das Verhalten der bürgerlichen Parteien.“ Er zeigte, wie schon früher die sozialdemokratischen Mitglieder der Schönebergergewerkschaft unablässig auf die Verhältnisse der Konfektionsarbeiter hingewiesen hätten, bis schließlich auch der Reichstag 1879, als Bismarck den Zoll auf Käshäfen plante, eine Debatte darüber hatte. 1887 wurden durch eine Erhebung zum ersten Male die jammervollen Zustände durch die Regierung festgestellt, doch der Reichstag that nichts und auch 1891 wurden bei der Verabreichung der Gewerbeverordnungen unsere Anträge noch abgelehnt. Als 1896 der große Streik ausbrach, regte sich bei allen Parteien das „soziale Mitleid“ und aus dem Munde des preussischen Ministers Verlegh fiel das Wort vom „berechtigten Streik“. Die Erhebungen der Kommission für Arbeiterstatistik hatten eine achtzehnjährige Tages- und Arbeitsleistung, Stundenlöhne für Heimarbeiter von 18, für Lohnarbeiter von 22 Pf. festgestellt. Der im Mai 1897 von der Regierung vorgelegte Gesetzentwurf blieb in der Reichstags-Kommission liegen, aber der Bundesrat brachte Ende Mai seine bekannte Verordnung heraus. Der Referent schilderte nun das Verhalten der Parteien, namentlich bei der diesjährigen Debatte über das Reichsamt des Innern und zeigte, daß nur die Thätigkeit der Sozialdemokratie bestritt, den Arbeitern die Erlösung aus aller sozialer Noth zu bringen. — An den beifällig aufgenommenen Vortrag schloß sich eine lebhafte Diskussion, an der sich die Berufskollegen Schenkel, Klau, Soelle, der Vertrauensmann Stubbe, sowie Frau Fiebert beteiligten. Ihre Ausführungen gipfelten in der Aufforderung, der Organisation beizutreten. Ebenso wurde das Dresdener Urtheil besprochen und den Anwesenden nahe gelegt, durch ihre Beiträge den Frauen und den Familien der Verurtheilten ihr Loos zu erleichtern.

**Die Maurer der lokalen Richtung** hielten am Mittwoch eine gut besuchte öffentliche Versammlung in den Borussia-Sälen ab, in der der Reichstags-Abgeordnete Förster über die Aufgaben der modernen Arbeiterbewegung, die Ziele der Sozialdemokratie und das Verhalten unserer Gegner referirte. Dem 14-jährigen, mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrage folgte eine kurze Diskussion im Sinne des Referats, an der sich Kölling, Petersdorf und Meyle beteiligten. Hieran referirte Kater über die Taktik der diesjährigen Lohnbewegung. Die Ausführungen des Redners gipfelten darin, daß mehr wie bisher das Waudeputirtensystem gepflegt werden müsse, und von dieser Vertretung die laufenden Angelegenheiten geregelt und etwa notwendige Vorberatungen bezüglich der Bewegung gepflogen werden sollen. Außerdem soll bei allen vorkommenden Differenzen das Streitregulativ genau beachtet und stets nur nach dessen Bestimmungen verfahren werden. Der Redner wies noch darauf hin, daß eine Anzahl auch von den organisirten Maurern noch nicht im Besitz der neuen Sammelkarte ist und forderte deshalb auf, das Verzeichniß nachzuholen und den in früheren Versammlungen gefaßten Beschlüssen Rechnung zu tragen. In der weiteren Debatte wurde das Verhalten der Altkonfessionsarbeiter von allen Rednern heftig kritisch unterzogen und aufgefordert, bei Differenzen recht besonnen vorzugehen, um diesen Leuten keine Gelegenheit zu ihrem unsolidarischen Handeln zu geben. Bekannt gegeben wurde noch, daß sämtliche Arbeiter bei der Firma Stolpe wegen Einführung der Altkonfessionsarbeit in den Auslands getreten sind und über die Firma die Sperre verhängt ist.

**Die Debatte** legten am Mittwoch im Englischen Garten, um einen Vortrag des Genossen Wagener über „Die Arbeiterfrage“ zu hören. Nach dem mit Beifall aufgenommenen Vortrag kam der Streit bei der Firma Behmal zur Sprache. Aus der lebhaften Debatte war zu entnehmen, daß es sich eigentlich um eine Ausbesserung handelte. Der Meister sollte entlassen werden, weil die Arbeit nicht so fertig gestellt werden konnte, wie Behmal wollte. Die Kollegen mußten sich mit ihm solidarisch erklären und die Arbeitsstelle aufgeben, da Behmal bereits andere Arbeiter eingestellt hatte. Seine Absicht war überhaupt nur, die organisirten Arbeiter brotlos zu machen, da er die anderen Arbeiter, darunter die Gebrüder Hermann, schon vor drei Wochen angenommen hatte, als die Differenzen zwischen ihm und dem Meister noch nicht ausgebrochen waren. Es sei Absicht der Unternehmer, sämtliche Organisirte auf diese Weise loszuwerden. Die nächste Firma, bei der das Verfaßt werden sollte, wäre die der Gebrüder Lode. (Die Inhaber dieser Firma verließen den Versammlungsraum, als von ihnen gesprochen wurde.) Es würde also wahrscheinlich nötig sein, in einem Generalstreik einzutreten. Der Vorstand des Verbandes habe sich bereit erklärt, eventuell seine Einwilligung dazu zu geben. Ein Antrag, die Arbeiter von der Firma Behmal für gemahregelt zu erklären, wurde einstimmig angenommen und gegen fünf Stimmen die Sperre über die Firma verhängt. Es werden Listen ausgedruckt, damit die Ausgesperrten so, wie es sich gebührt, unterstützt werden können.

**Schöneberg.** Am Montag, den 6. Februar, fand hier im Klubhause eine Versammlung des Arbeiter-Bildungsvereins statt, mit dem Thema: „Großgrundbesitz und die soziale Frage.“ Referent war der frühere Redakteur der „Welt am Montag“, Dr. Oppenheimer, Korreferent Dr. Borchert. — Seinen Ausführungen schickte der Referent voraus, daß er sich politisch auch zur Sozialdemokratie rechne, nur mit ihren theoretischen Auffassungen könne er sich nicht einverstanden erklären. Redner verfuhr hierauf in kurzen Darstellungen die Margale Theorie zu widerlegen. Er legte das Hauptgewicht auf die wirtschaftlichen Erfolge, die wir errichten müssen, und die Wichtigkeit deshalb eine Veränderung unserer Taktik. Wir müßten bei der Agitation das Hauptgewicht auf den untersten Stand legen und das sind die Landarbeiter. Er verspricht sich bedeutend mehr Erfolge, wenn wir Produktivgenossenschaften gründen, also einzelne Güter aufkaufen und dann durch Parteilichkeiten bewirtschaften lassen, die gleichzeitig eine erfolgreiche Agitation beginnen können. In diesem Jahre wird die erste vernünftige Genossenschaft gegründet, und der Redner spricht den Wunsch aus, daß dieselbe von der Sozialdemokratie nicht mit schädeln Augen angesehen werde, sondern die Unterstützung derselben finden möge. Da der Referent weniger auf die eigentlichen Gegenstände zwischen Thema der Versammlung eingegangen war, so blieb dem Dr. Borchert für sein Korreferat nicht viel übrig und gestaltete sich die Debatte hauptsächlich zu einer Erörterung über Genossenschaften, von denen der Korreferent sich sehr wenig verspricht. Was die Gründung der Siedelungs-Genossenschaft anbetrifft, so glaubt er annehmen zu können, daß die Sozialdemokratie gewiß nichts dagegen habe, wenn sich neue Kämpfer gegen das Junkertum finden, sonst würde wohl die Partei der Gründung nicht gegenüberstehen. — An der Diskussion beteiligte sich außer dem Referenten niemand. Nach Erzielung einiger Vereinsangelegenheiten wurde dann die besuchte Versammlung geschlossen. Die nächste findet am 20. Februar statt.

**Berliner Kranken-Unterstützungs- und Begräbnis-Verein für Frauen und Mädchen**, gegr. 1892. Jeden Freitag, Abends 7 Uhr, Ballabend bei Wehrwald, Alte Jakobstr. 64/65. — Neue Mitglieder werden jederzeit aufgenommen.

**Oberbrennerei.** Der Arbeiter-Bildungsverein hält am Sonnabend, den 11. Februar, Abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant Ockerland seine Vereinsversammlung ab. Zahlreich erscheinen der Mitglieder erwartet der Vorstand.

**Öffentliche Versammlung.** Am Freitag, den 10. Februar, Abends 8 1/2 Uhr, im Friedrichshagen Kasino (früher Mertens) Friedrichstr. 230.



**Achtung! Genossinnen und Genossen!**  
 Sonntag, den 12. Februar, Abends 6 Uhr, im Ködliner Hof,  
 Ködlinerstr. 8:  
**Öffentliche Versammlung.**

Tages-Ordnung:  
 1. Vortrag der Genossin **Ottile Bander** über: Proletarierkinder.  
 2. Diskussion. 1/1

**Die Vertrauensperson.**

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**  
 Heute Freitag, Abends 8 1/2 Uhr, bei Cohn, Beuthstraße 20-21:  
**Sitzung der Ortsverwaltung.**

Sonnabend, den 11. Februar, in Keller's Festsaal, Köpenickerstr. 29:  
**Großer Wiener Maskenball.**

**Moabit.**

Sonntag, den 12. Februar er., Vormittags 10 Uhr, im Lokal des  
 Herrn Fischer, Beusselstraße 9:  
**Bezirks-Versammlung.**

Tages-Ordnung:  
 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Verbandangelegenheiten. 4. Verschiedenes.

**Einspeler.**

Sonntag, den 12. Februar er., Vormittags 10 Uhr, bei Zabell,  
 Lindenstraße Nr. 106:  
**Versammlung.**

Tages-Ordnung: 1. Verbandangelegenheiten. 2. Verschiedenes.  
 Auch die in den Vororten wohnenden Kollegen haben in dieser Ver-  
 sammlung zu erscheinen.  
 77/14

**Die Ortsverwaltung.**

**Verband der Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter**  
 Deutschlands, Zahlstelle V (Gruppe Radfahrer u. Berufs-  
 genossen).

Sonntag, den 12. Februar, Vormittags 10 1/2 Uhr,  
 im Lokal des Herrn Zubeil, Lindenstraße Nr. 106:  
**Mitglieder-Versammlung**

Tages-Ordnung:  
 1. Abrechnung vom 4. Quartal 1898 und Jahresbericht des Kassiers.  
 2. Wahl eines ersten Kassiers. 3. Verschiedenes. 32/5  
 Neue Mitglieder werden aufgenommen. Der Vorstand.

**Machtung, Ristenmacher!**

Sonnabend, den 11. d. Mts., Abends 8 1/2 Uhr, in den Arminhallen,  
 Kommandantenstraße 20:  
**Große öffentliche Versammlung.**

Tages-Ordnung:  
 1. Abrechnung des Vertrauensmannes vom 4. Quartal. 2. Führen  
 wir den Streikfonds weiter? 3. Verschiedenes.  
 Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, in dieser Versammlung zu er-  
 scheinen. 94/3  
 Der Vertrauensmann: Franz Splinter, Schmidstr. 30.

**Verband der Sattler und Tapezierer.**

Berlin I.  
 Sonnabend, den 11. Februar er., Abends 8 1/2 Uhr, im Englischen  
 Garten, Alexanderstraße Nr. 27 c:  
**Mitglieder-Versammlung.**

Tages-Ordnung:  
 1. Wahl der Agitationskommission für Brandenburg. 2. Wahl der  
 Agitationskommission für Berlin. 3. Abrechnung vom 4. Quartal. 5. Ver-  
 schiedenes. 156/3 Der Vorstand.

**Freie Vereinigung der Banarbeiter Berlins und Umgegend.**

Sonntag, den 12. Februar, Vormittags 10 1/2 Uhr:  
**Mitglieder-Versammlung**  
 im Lokal des Herrn Wernau, Schwedterstr. 23/24.

Tages-Ordnung:  
 Vortrag des Genossen Kater. - Diskussion. - Vereinsangelegenheiten  
 und Verschiedenes. 31/2

**Zentral-Verband der Zimmerer**

Zahlstelle Berlin.  
 Sonntag, den 12. Februar 1899, Vormittags 10 Uhr:  
**Mitglieder-Versammlung**  
 in den „Arminhallen“, Kommandantenstr. 20.

Tages-Ordnung:  
 1. Fortsetzung der Diskussion über die Arbeitslosen-Unterstützung.  
 2. Welche Stellung nehmen wir zur Erhöhung der Beiträge ein? 3. Ver-  
 schiedenes. 254/8  
 Der Wichtigkeit der Tagesordnung wegen ist das Erscheinen eines jeden  
 Kameraden unbedingt notwendig. Gleichzeitig eruchen wir, für den Besuch  
 dieser Versammlung zu agitieren. Der Vorstand.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**

Zahlstelle Rigdorf.  
 Sonnabend, den 11. Februar 1899, in den „Victoria-Sälen“,  
 Hermannstraße 48-50:  
**Großer Wiener Maskenball.**

Anfang 8 Uhr. Das Comité.

**Banhandwerker-Krankenkasse**  
 für Berlin und Umgegend  
 (Eingetragene Hilfskasse Nr. 118).  
 Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß sich der neuwahlgewählte Ausschuss  
 konstituiert hat und zum Vorsitzenden das Mitglied Traugott Raasch,  
 Vorjägerstraße 7, vorn 4 Treppen, gewählt ist. An denselben sind alle  
 Streitfragen und Beschwerden gegen den Vorstand schriftlich zu richten.  
 Ferner geben wir bekannt, daß die Zahlstelle in Friedrichsberg von der  
 Kronprinzenstraße 4 und 5 nach der Gürtelstraße 22 bei Grauert ver-  
 legt ist. 38/3  
 Der Vorstand. J. U. H. Ketzke, Eberswalderstr. 19.

**Freie Volksbühne.**

Sonntag, den 12. Februar: I. Abtheilung im Friedrich-Wilhelm-  
 städtischen Theater: **In Behandlung.** Von Max Dreyer.

Regie: Herr Ober-Regisseur A. Steinhilber.  
 Gastspiel von Frau Prash-Grevenberg vom Berliner  
 Theater.

Die Vorstellung der II. Abtheilung nächsten Sonntag.

Einige neue Mitglieder zur 6. Abtheilung können  
 sich noch in den Zahlstellen melden. 235/2  
 Der Vorstand. I. A.: G. Winkler.

**Samariter + Kurjus**

für Arbeiter und Arbeiterinnen.  
 Sonntag, 12. Februar, Nachm. 6 Uhr, bei Neumann, Brunnstr. 150:  
**Versammlung.**

Tages-Ordnung:  
 1. Vortrag des Herrn Dr. Alfred Bernstein über: „Streikzüge  
 in der modernen Medizin“. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.  
 Gäste willkommen. Nachher: **Geselliges Beisammenseln.**  
 155/4 Der Vorstand.

**Die Produktiv- und Einkaufs-Genossenschaft für Radfahrer**

ermöglicht Jedermann, durch ihr Spar- und Teilzahlungs-System in den  
 Besitz eines guten und billigen **Fahrrades** und aller Bedarfsartikel  
 zu kommen, wenn man derselben als Mitglied beitrifft. 140b

**Geschäftsstelle: Sickingenstraße 7.**

**Fastnachtszeit bedingt einen echten Val-**

minianischen (Krapfen), denn dieser ist von unerreicher Feinheit im Geschmack. Valminbäckereien sind be-  
 rühmt, so daß sie ihres Wohlgeschmacks halber selbst Kaiser Willhelm der Kaiserin Friedrich gelegentlich eines Be-  
 suchs im Letteverein Berlin aufstießen. Ein Versuch mit dem Backteig Valmin, ein blütenreines, reines Pfanz-  
 teig, wird diese Behauptungen ganz und voll bestätigen. Das Bündel 65 Pfg! Ueberall zu haben! General-  
 vertreter: **Elfreich & Menzel, Pantstr. 31a.** Tel. Amt II. 2160.

**Seefische Volksnahrung.**

**Riesige Fänge** unserer Dampfer ermöglichen uns

**Cabliau per Pfd. 16 Pf., im Ausschnitt ca. 20 Pf., Schellfische per Pfd. 18-25 Pf.**  
 während dieser Woche in unseren hiesigen Verkaufsstellen abzugeben.  
 Andere Fischarten - auch Steinbutt, Seezungen, Tarbutt, Scholle etc. - ebenfalls billig.

**Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee“.**

<b>Haupt-Filiale:</b> Berlin C, 23, <b>Bahnhof Börse,</b> Bogen 9-10.	<b>No. III. Berlin NW.,</b> Lüneburger Strasse, Ecke Paulstrasse, Stadtbahnbogen 289 (Zentraltagerei).	<b>No. V. Berlin N. (Wedding),</b> Reinickendorferstr. 1, Eingang Schulendorfer Strasse.
<b>No. II. Charlottenburg,</b> Wilmerdorferstrasse 10-11, am Wilhelmplatz.	<b>No. IV.</b> Im Schlesischen Bahnhof, Madaistr. 22.	<b>No. VI. Prinzstr. 30,</b> zwischen Moritzplatz und Ritterstrasse.

**Konkursmassen-Ausverkauf in Schuhwaaren.**

Die Restbestände der Lütjen'schen Konkursmasse Thurmstr. 13  
 bestehend aus **besseren Herren-, Damen- und Kinderstiefeln**  
 sollen wegen **Räumung des Ladens bis 15. März** verkauft werden.

Kinderstiefel . . . . .	von	30 Pf.	an	Damenladstiefel . . . . .	von	2 M. 75 Pf.	an
Mädchenstiefel . . . . .	von	80 Pf.	an	Damenhausstiefel . . . . .	von	1 M. 25 Pf.	an
Knabenstiefel . . . . .	von	3 M. 90 Pf.	an	Herrenstiefel . . . . .	von	5 M.	an
Damenstiefelsetten . . . . .	von	4 M. 50 Pf.	an	Sandalen . . . . .	von	3 M. 50 Pf.	an

**Alles nur gute Waare, bestes Leder.**  
 Gas- und Ladeneinrichtung billig zu verkaufen. 8000\*  
 Vorzeiger dieses Inserats erhalten auf vorstehende Preise 5 pCt. Rabatt.

**Konkursmassen-Ausverkauf.**

Die kolossalen Bestände der Konkursmasse des  
**Warenhaus Alfred Löwenthal,**  
 Wrangelstrasse 20, Ecke Pücklerstrasse,

bestehend in **Kleiderstoffen, Sammet- u. Seidenwaaren, Weiss-, Leinen- u. Baumwollwaaren,**  
**Wäsche und Tricotagen, Gardinen, Teppichen und Läuferstoffen, Glas-, Porzellan-**  
**und Steingutwaaren, sowie sämtliche Küchenartikel etc. etc.**

sollen mit anderen Waaren zu festgesetzten Taxpreisen  
**werktätlich von 9-1 Uhr Vorm. u. 4-8 Uhr Nachm. ausverkauft werden.**

**Beginn des Ausverkaufs**  
**Sonnabend, 11. Februar, Nachmittags 4 Uhr.**

Verantwortlicher Redakteur: August Jacoby in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glöck in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.